Der „Lübecker Volksbote" erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 32 Mk. Einzelverkaufspreis 1,50 Mark.
Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Petitzeile oder deren Raum 7,50 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 6,50 Mark, Reklamen 36,00 Mark. Beilagengebühr 1000 Stck. 150 Mk.
Geschäftsstelle: Johannisstr. 46.
Fernruf: 926

Tageszeitung für das arbeitende Volk

Lübecker Volksbote

Nummer 177. | Dienstag, 1. August 1922. | 29. Jahrgang.

Die Antwort an Frankreich.

SPD. Berlin, 31. Juli. (Drahtber.)

Das Reichskabinett hat in seiner Montagssitzung die Antwortnote an Frankreich fertiggestellt. Die Note wurde am Montag abend telegraphisch der deutschen Botschaft in Paris übermittelt und soll am Dienstag vormittag überreicht werden, sodaß mit einer Veröffentlichung in Deutschland bereits für Dienstag abend, spätestens aber Mittwoch früh zu rechnen ist. Die Reichsregierung nimmt in ihrem Antwortschreiben keine positiv ablehnende Stellung ein, sondern erkläret vor allem, daß nach ihrer Auffassung die Frage der Ausgleichszahlungen von allen hierfür in Betracht kommenden Regierungen gemeinsam geregelt werden muß und die Reparationsfrage insgesamt von der Behandlung der Ausgleichszahlungen nicht getrennt werden könne. Im übrigen verweist das Reichskabinett nochmals ausdrücklichst auf die innerpolitischen Verhältnisse Deutschlands, wobei die Stellung der Gehalts- und Lohnempfänger besondere Berücksichtigung findet. In entschiedener, dennoch aber versöhnlicher Form wird ferner gegen die ultimative Politik der französischen Regierung protestiert und im Zusammenhang hiermit auf die Weltkatastrophe hingewiesen, die eintreten müsse, wenn die Entwicklung der Verhältnisse in Deutschland unter dem Druck der Ententepolitik im bisherigen Maße fortschreite. Wenn die Reichsregierung in ihrer Antwort besonders auf den engen Zusammenhang von Moratorium, Reparationszahlungen und dem Gesuch um Herabsetzung der Ausgleichsraten hinwies, so gibt ihr hierzu von allem die vorläufige Antwort der belgischen Regierung auf den deutschen Wunsch, die Ausgleichszahlung entsprechend unserem Können herabzusetzen, alle Berechtigung. Die vorläufige belgische Antwort lautet: „Die belgische Regierung wird sich über den Antrag auf Herabsetzung der zu zahlenden Entschädgungssumme, sowie auf Gewährung eines Moratoriums äußern. Sie bestätigt schon jetzt ihren Willen, den Reparationszahlungen gemäß dem Vertrage das Vorrecht vor allen übrigen Lasten des Reiches zu geben." — Die belgische Antwort erweckt mit gutem Recht die Hoffnung, daß England und Italien jedenfalls nicht in einer Art und Weise auf das deutsche Gesuch antworten werden, die nach vierjähriger Friedenszeit in einem diplomatischen Verkehr unter den Mächten unmöglich sein sollte. Aber nicht nur das: auch bleibt anzunehmen, daß England und Italien für die gerechten deutschen Forderungen sich einsetzen werden.

*

Eine andere Melodie.

WTB. Berlin, 31. Juli.

Die heute eingegangene, an den deutschen Botschafter in London gerichtete Antwort der englischen Regierung auf die deutsche Note vom 14. Juli 1922 wegen der Barzahlungen im Ausgleichsverfahren ist datiert vom 26. Juli und lautet wie folgt:

„Ich beehre mich, den Empfang der Note Ew. Exzellenz Nummer A 1454 vom 14. Juli zu bestätigen, die sich auf die Zahlungen bezieht, zu denen Deutschland gegenüber den alliierten Ausgleichsämtern und nach Abschnitt 4, Teil 10 aus dem Vertrag von Versailles verpflichtet ist. Die Regierung Seiner Majestät nimmt an, daß eine gleiche Note an die anderen beteiligten Regierungen gerichtet worden ist, und beabsichtigt, die in Ihrer Note aufgeworfenen Fragen baldigst mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern zu gegebener Zeit in Gemeinschaft mit den anderen alliierten Mächten der deutschen Regierung eine Antwort zu erteilen."

Der „Petit Parisien" meldet aus Rom: Lloyd George teilte der italienischen Regierung gestern in einer Note mit, die in London geplante Konferenz werde nicht vor Beilegung der Ministerkrise abgehalten.

Die Reparationskommission für Stundung?

Paris, 31. Juli.

Der „Newyork Harald" glaubt zu wissen, daß die Mehrheit der Reparationskommission eine Weigerung Deutschlands, die festgelegten Monatsraten für die Kompensationszahlungen weiterhin in der bisherigen Höhe zu leisten, günstig aufnehmen werde, trotzdem Frankreich die üblichen Proteste geltend machen werde. Ein Mitglied der Garantiekommission hatte mit einem Redakteur desselben Blattes eine Unterredung, in der er erklärte: „Wir tun gut, Deutschland das Moratorium zu gewähren, das es verlangt, sonst wird Deutschland es sich selbst nehmen, und jedenfalls hat Frankreich wenig Aussicht auf eine Sonderaktion. Die Tatsache, daß Deutschland nicht eine völlige Einstellung der Zahlungen, sondern nur eine Herabsetzung der Raten verlangt, habe auf die englischen, französischen und auch auf einige belgische Delegierte einen sehr guten Eindruck gemacht. Sie sehen darin einen Beweis für den guten Willen der deutschen Regierung.

Die deutsche Zahlungsbilanz.

Im Zusammenhang mit der ablehnenden Antwort der französischen Regierung auf das Gesuch Deutschlands, die aus dem Clearingverfahren erwachsenden Kosten herabzusetzen, verlohnt die Feststellung, daß der notwendige Gesamtbedarf Deutschlands an Golddevisen auch ohne Reparationsleistungen, ohne Beratungskosten und die Kosten für das Ausgleichsverfahren die Einnahmen Deutschlands an Golddevisen übersteigt. Allein in der Zeit vom Mai 1921 bis April 1922 betrug der Devisenbedarf 4,60 Milliarden Goldmark. Auf die Lebensmitteleinfuhr entfielen hiervon 1,75 Milliarden Goldmark, auf die Rohstoff-Einfuhr, darunter Halbfabrikate, 2,25 Milliarden Goldmark und die Einfuhr von Fertigfabrikaten, die nicht zu umgehen war, auf 0,60 Milliarden Mark.

Diese Zahlen geben ein krasses Beispiel von den Veränderungen, die das deutsche Produktionsgebiet durch den Friedensvertrag erfahren hat. Der Verlust wichtiger und großer Ernährungsgebiete machte trotz aller Einschränkungen große Lebensmittel-Einfuhr notwendig. Während noch im Jahre 1913 von Deutschlands Gesamteinfuhr die Lebensmittel 28 Prozent beanspruchten, stieg dieser Prozentsatz im Jahre 1921 auf 38 Prozent. Früher besaß Deutschland Rohstoffe, insbesondere Erze und Kohlen, reichlich im Lande und erwarb durch ihre Ausfuhr Goldwechsel, während es heute umgekehrt diese Rohstoffe gegen Bezahlung von Goldwechseln einführen muß. Allein schon durch die Gestaltung der Handelsbilanz ist also die deutsche Zahlungsbilanz heute mit mindestens 1 Milliarde Goldmark passiv.

Diese Feststellungen allein dürften genügen, um die europäischen Länder von der Notwendigkeit einer langfristigen Stundung für Deutschland zu überzeugen.

Der bayrische Wirrwarr.

Hetze der Deutschnationalen.

SPD. München, 31. Juli. (Eig. Drahtber.)

Die Entwirrung der politischen Lage in Bayern macht außerordentlich schlechte Fortschritte, sodaß mit einer Lösung der Krise in den allernächsten Tagen noch nicht zu rechnen ist. Das ist natürlich, weil sich die bayrische Regierung durch die Annahme des Vertrauensvotums von seiten der Mittelpartei in eine parlamentarisch geradezu unhaltbare Lage versetzt hat. Die bayrische Mittelpartei, deren Fraktion heute in langen Besprechungen ihre Forderungen an die Regierung formuliert hat, ist nicht gewillt, den Konflikt auf gütlichem Wege beizulegen. Sie will die Rechtseinheit des Reiches brechen im Interesse der Unterminierung der deutschen Republik von Bayern aus. Hierzu stellt sie in ihren Blättern die strikte Forderung an die Regierung für Wiedereinbeziehung in die Koalition.

Der Ministerrat tagte heute den ganzen Vormittag, ohne einen Ausweg aus der verfahrenen Lage zu finden. In der Bayrischen Volkspartei und beim Bauernbund sind bereits Stimmen hörbar geworden, welche die katastrophale Politik der Deutschnationalen ablehnen und gegen den Eintritt der Mittelpartei in die Regierung ihre warnende Stimme erheben. Die Geister, die die bayrische Mittelpartei gerufen hat, wird sie aber nicht los werden, da sie sich den Todfeinden der Republik zur Verfechtung ihrer eigensinnigen „föderalistischen" Ideen mit Haut und Haar verschrieben hat. So klafft in der Bayrischen Volkspartei immer deutlicher ein Riß zwischen dem rechten und dem linken Flügel. Der rechte Flügel vertritt im „Bayrischen Kurier" geradezu hochverräterische Auffassungen über die **Loslösung der bayrischen Wirtschaft von Deutschland und deren Verknüpfung mit dem französischen und tschecho-slowakischen Wirtschaftsgebiet.** Der linke Flügel macht sich in nichtssagenden Phrasen in der „Augsburger Postzeitung" und im „Regensburger Anzeiger" Luft, um seine Verlegenheit zu verbergen.

So bleibt der bayrischen Regierung voraussichtlich nur die Wahl, „pater peccavi" zu sagen und das gelöste Bündnis mit den Demokraten wieder aufzunehmen oder hart zu bleiben und mit den Deutschnationalen eine Katastrophenpolitik fortzusetzen.

Darüber täuscht auch nicht eine Auslassung der „Staatszeitung" hinweg, in der es heißt: „Seit 14 Tagen sind sehr viel Kundgebungen an die Regierung gerichtet worden, und fortgesetzt erscheinen Delegationen aus allen Teilen des Landes. Abordnungen von Arbeitern, (Das glaubt die „Bayr. Staatszeitung" selbst nicht!), Handwerkern, Gewerbetreibenden und Industriellen, welche die Regierung bestürmen, fest zu bleiben, und erklären, sie würden alle mit der Regierung einstehen im Kampf für die Erringung und Erhaltung der bayrischen Staatshoheit."

Im übrigen ist es sehr bedenklich, daß der heutige Leitartikel der „Staatszeitung" ein Gutachten des „Landes-Bürgerrats" bringt, das einer offenen Absage an die Vermittlungsaktion des Reichspräsidenten gleichkommt.

Der bayrische Ministerrat kann tagen, so lange er will, über die „Alternative", entweder Rückkehr zur Koalition der Mitte oder „deutschnationale Koalition mit der Spitze gegen das Reich" wird er nicht hinauskommen. Büßen muß den Narrenstreich aber das deutsche Volk.

Die kleinasiatische Frage.

Staat Smyrna?

Berlin, den 31. Juli (Berl. Tagebl.)

Der griechische Oberkommissar von Smyrna Stargiades hat die Autonomie des Gebietes von Smyrna erklärt. Griechische Truppen sind in Rodostro, in geringer Nähe von Konstantinopel, eingetroffen.

*

Wenn Griechenland nunmehr die „Autonomie" der kleinasiatischen Provinz Smyrna proklamiert, so ist das nicht eben überraschend. In dem Frieden, den die Türkei mit der Entente zu schließen gezwungen war, wurde Smyrna Griechenland zugesprochen. Der Sultan und seine Regierung in Konstantinopel setzten ihre Unterschrift unter diesen Frieden. In Angora bildete sich jedoch unter Kemal Pascha eine Opposition, die die Friedensbedingungen verwarf und eine Reihe von Forderungen geltend machte. Es kam zu einem Kriege mit der Entente, die Griechenland als Sturmbock vorschickte. Die Angora-Türken hielten sich wacker, und als im Herbst v. J. die Wittierung eine Fortsetzung des Kampfes unmöglich machte, konnten die Griechen zwar einen gewissen Fortschritt verzeichnen, das Tor zum Herzen der Angora-Regierung hatten sie aber nicht erreicht. So war die Lage der Türken nicht gerade schlecht; sie wurde noch bedeutend besser, als Frankreich entgegen dem zwischen den Alliierten bestehenden Vertrag offen auf die Seite der Angorapartei trat. Ein großer Teil der französisch-englischen Mißstimmung ist auf diesen Schritt zurückzuführen. Indes, auch England sah sich zur Nachgiebigkeit den Türken gegenüber gezwungen, da sich der islamitischen Kolonialvölker Englands eine heftige Mißstimmung bemächtigte, die zu dem überaus gefährlichen Appell des stellvertretenden Residenten von Indien, Montagu, führte und Aenderungen innerhalb der englischen Regierung nach sich zog.

In Griechenland selbst machte sich unter diesen Umständen eine gewisse Stimmung dafür bemerkbar, schon im Frühjahr d. J. den Kampf gegen die Türkei wieder aufzunehmen. Der hinhaltenden Politik Englands gelang es, diesen Schritt zu verzögern, der aber doch zu erwarten war, wenn zwischen England, Frankreich und Italien kein Ausweg aus den gegensätzlichen Ansichten in der kleinasiatischen Frage gefunden würde. Die kleinasiatische Frage hat auf allen interalliierten Konferenzen des letzten halben Jahres eine nicht zu unterschätzende Rolle gespielt. Selbst bei der Lösung des Reparationsproblems steht sie im Hintergrunde, da England für die Streichung der französischen Schulden auch ein Einverständnis mit Frankreich in der türkischen Angelegenheit zur Voraussetzung machte. Ein Kompromiß ist auch in dieser Frage bisher nicht gefunden worden, und so ist es verständlich, wenn Griechenland jetzt zur Selbsthilfe schreitet.

Vergessen darf allerdings nicht werden, daß Griechenland eine durchaus imperialistische Politik betreibt. Es hält noch immer dieselben ehrgeizigen Ziele im Auge, die es zu Zeiten des Balkankrieges beseelte und die zu dem überaus bedauerlichen und katastrophalen Zusammenstoß mit Bulgarien führten: Die Besetzung Konstantinopels, und auf diese Weise die Vorherrschaft in dem eigentlichen Kerngebiet der kleinasiatischen Türkei. Wenn Griechenland den neuen Feldzug gegen die Türkei mit einer Note an die Alliierten beginnt, in der es um das Recht ersucht, über das thrazische Gebiet auf Konstantinopel vorgehen zu dürfen, so ist anzunehmen, daß die Entente diesem Ersuchen nicht nachkommen wird, wenn England auch sicherlich nicht einer vollendeten Tatsache in dieser Richtung unfreundlich gegenüberstehen würde. So droht der kleinasiatischen Türkei wieder einmal die furchtbare Last eines Krieges. Es ist verständlich, wenn die türkischen Nationalisten durch die jahrelange Kette von ungerechten Angriffen seitens Europa aufs äußerste erbittert sind, aber mißbilligen muß man es, wenn sich diese Erbitterung in Christenmetzeleien äußert, wie sie im Laufe des letzten Jahres stattgefunden haben.

Zum Parteitag!

Auf Grund des Organisationsstatutes der Partei beruft der Parteivorstand den nächsten Parteitag auf Sonntag, den 17. September, abends 6 Uhr, nach Augsburg (Stadtgarten) ein. Als vorläufige Tagesordnung ist festgesetzt:

1. Bericht des Parteivorstandes,
   a) Allgemeines, Referent Dr. Adolf Braun;
   b) Die Internationale, Referent Otto Wels;
   c) Agitation, Organisation und Kassenbericht; Referent Friedrich Bartels.
2. Bericht der Kontrollkommission, Referent Friedrich Brühne.
3. Bericht der Reichstagsfraktion; Ref. Hans Vogel.
4. Die Sozialdemokratie im Kampfe um die soziale Stellung der Frau; Referentin Johanna Reitze.
5. Justizreform; Referent Sänger, München.
6. Bericht der Kommission für das Gesundheitsprogramm; Referent Prof. Dr. Grotjahn.
7. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.
8. Anträge, soweit sie durch die vorstehende Tagesordnung noch nicht erledigt sind.

Parteigenossen! Wir fordern Euch auf, die Vorarbeiten für den Parteitag, besonders die Wahl der Delegierten und die Stellung von Anträgen rechtzeitig zu bewirken. Die Anträge der Parteiorganisationen müssen spätestens am 21. Aug. im Besitze der Parteiorganisationen sein, wenn sie nach den Bestimmungen des Organisationsstatutes veröffentlicht werden und in der gedruckten Vorlage Aufnahme finden sollen. Die an den Parteivorstand einzureichenden Anträge sind, jeder für sich, auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben. Nur eine Seite des Papiers darf beschrieben werden.

In allen örtlichen Parteiangelegenheiten und wegen Wohnungsbeschaffung wenden sich die Delegierten möglichst sofort nach ihrer Wahl, spätestens aber bis zum 30. August, an den Vorsitzenden des Hauptausschusses und der Wohnungskommission, Adresse: Clemens Högg, Augsburg, Mittleres Kreuz 280.

Berlin, den 14. Juli 1922.

Der Parteivorstand.

Die italienische Krise.

WTB. Rom, 31. Jul.

Der König hat heute früh de Facta empfangen. Es wird versichert, daß er ihm die Bildung des Kabinetts angeboten habe. Facta hat sich die Antwort darauf vorbehalten. In parlamentarischen Kreisen verlautet, daß Facta trotz geringer Meinung die Aufgabe nicht ablehnen wird, nun die gegenwärtige Lage zu klären. Der Versuch Factas wird als sehr schwierig bezeichnet, da noch tiefe Gegensätze die politischen Parteien trennen. Aber er habe wenigstens die Genugtuung, aus den Ereignissen zu erkennen, daß die gegen ihn gerichtete Stimmung in der Kammer und die gegenwärtige Krise gänzlich unberechtigt war. Wenn es, wie man glaubt, zu einer Entscheidung kommen sollte, wird Facta, wie man als sicher annimmt, ein Kabinett mit Demokraten, der katholischen Volkspartei und der Rechten unter Beibehaltung mehrerer bisheriger Mitarbeiter und des früheren Programms bilden.

Völkische Pläne.

SPD. Es wird uns geschrieben:

Der Kampf im Lager der Deutschnationalen und im Hause des Herrn Wulle nimmt tragikomische Formen an. Teils sucht man sich wieder anzufreunden, teils verschärfen sich die Gegensätze. Sontag, der frühere „Hauptschriftleiter“ des „Deutschen Abendblattes“ und jetzige Redaktions„direktor“ und Geschäftsvertreter Wulles, will sich von seinem Herrn und Gebieter trennen, vielleicht nicht ganz freiwillig, und bekanntlich mit „seinen“ Getreuen, zu denen in erster Linie sein Intimus Ludendorff, v. Dewitz-Stettin und v. Brackhusen-Langen gehören, „selbständig machen“ und neben der Freiheitspartei „i. E.“ natürlich auch ein — Parteiblatt gründen. Ob seiner „politischen Erfolge“ oder um dem nur nach Bedarf erscheinenden „Deutschen Abendblatt“ den Rang abzulaufen, muß die Zeit lehren. Für eine Zeitungsgründung ist natürlich in erster Linie Geld erforderlich, und Sontag ist daher auf der Suche. Selbst bei Juden, Geld stinkt ja nicht. Vielleicht ist ihm in dieser Beziehung auch das Glück so hold wie Wulle, dem über die Völkische Bank mit Orgesch-Millionen der Weg geebnet wurde. Als diese nicht hinreichten, sprangen einige völkische Oberbonzen, u. a. ein bekannter Berliner Pianoforte-Fabrikant, ein kriegsgewinnlerischer Holzgroßhändler und der Münchener „nationale“ Geldmann Dr. Pittinger ein. Selbst ungewisse Kronen verschmähte Wulle nicht, die ihm auf der Reise durch das schöne Land von dortigen „Gesinnungsfreunden“ in die schwach gewordene Brieftasche gesteckt wurden. Trotz alledem sitzt Wulle bei der Druckerei der „Deutschen Tageszeitung“ mit nahezu anderthalb Millionen fest, sodaß ihm der Druck gesperrt wurde und man seine brachliegende Redaktion auf die Straße setzen will. Alle können ihren Verlust verschmerzen. Leidtragende sind vorerst die in echt deutschnationaler und völkischer Art im wahren Sinne des Wortes für Hungerlöhne arbeitenden Angestellten, Redakteure sowohl als kaufmänische Beamte — Tarife kennt man nicht —, die man sich jetzt mit dem Trost auf bessere Zeiten einfach abwimmeln möchte.

Herr Sontag hat dem „Vorwärts bereits eine „Berichtigung“ zugehen lassen, in der er sowohl die beabsichtigte Gründung einer eigenen Partei, als auch seinen intimen Verkehr mit Ludendorff bestreitet. Der „Vorwärts“ veröffentlicht dieses „Berichtigungsschreiben“, gibt aber zugleich zwei Briefe wieder, von denen der eine von Ludendorff an Sontag, und der andere von Sontag an Ludendorff gerichtet ist. Die Briefe bestätigen, daß Sontag der Leibjournalist Ludendorffs schon seit Monaten ist und daß der Direktor des Wulle-Blattes die Gründung einer deutschvölkischen Freiheitspartei beabsichtigte. Wenn Sontag trotzdem eine „Berichtigung“ zustande brachte, die alles das abstreitet, so zeugt das von einem Charakter, der seinesgleichen sucht, bei den Deutschvölkischen aber zu Hause ist und der das deutsche Volk bekanntlich aus seinem Elend herausführen soll.

Dr. Heim Landesverräter?

Wir entnehmen einem Bericht der „Berliner Volkszeitung“ über die Lage in Bayern folgendes:

Der Hochverrat Bayerns ist außerdem wieder aktuell geworden durch die Umtriebe des „Preußenfressers“ Dr. Heim. Hier richtete einer der Redner an den Ministerpräsidenten die Frage: „Hat Herr Dr. Heim im Frühjahr 1920 in der Schweiz Unterhandlungen mit französischen Vertretern gepflogen, und ist die Diskretion, mit welcher der Ministerpräsident die Angelegenheit Dard behandelt, auf gewisse Protokolle zurückzuführen, die in den Händen der französischen Regierung sind?“ Selbstverständlich hüllte sich die Regierung in tiefstes Schweigen. Auch Dr. Heim selbst hat sich nie darüber ausgesprochen, ob sein von einem süddeutschen Blatt veröffentlichter Briefwechsel mit dem hochverräterischen Führer der bayrischen Königspartei Graf Bothmer echt ist oder nicht. Die in dem Brief offen gelegte Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens hat bis zur Stunde noch keine Sühne gefunden.

Im Falle Leoprechting, wo es galt, gegen die Reichsregierung zu hetzen, war die bayrische Regierung an der Spitze im Kampfe gegen Berlin. Ihren Freund Heim jedoch nimmt sie wohlweislich in Schutz.

Die Feier am 11. August.

SPD. Die innerpolitischen Krisen haben es leider verhindert, daß der Reichstag vor Beginn der Ferien den Gesetzentwurf über den Nationalfeiertag verabschiedete. Aber trotzdem wird der 11. August im ganzen Reiche gefeiert werden. In Berlin findet am Vormittag des 11. August eine Feier im Reichstage statt, in der, wie bereits bekannt, der badis[che] Staatspräsident Hummel die Festrede halten wird. Währe[nd] der Feier im Reichstag wird die Musikkapelle einer Reic[hs]wehr-Ehrenkompagnie vor dem Hause konzertieren. Für [den] Abend ist im Staatstheater eine künstlerische Feier vorgeseh[en], zu der der Reichspräsident die Einladungen ergehen läßt. [Von] der republikanischen Jugend wird ein Fackelzug geplant, [der] vor dem Staats-Theater enden soll. Wie in Berlin, so werd[en] auch im Lande die Staatsbehörden den 11. August durch ein[en] Festakt feierlich begehen. Ueber die Einzelheiten dieser Feie[r], insbesondere über die in den Schulen, schweben noch Verhan[d]lungen, die in den nächsten Tagen zum Abschluß kommen werden.

Berlin für sozialistische Einigung.

SPD. Der am Sonntag abgehaltene Bezirksparteitag Ber[lin] hat folgende Entschließung zur Einigungsfrage einstimmig [an]genommen:

„Der Bezirkstag begrüßt die Bildung der zwischen den Fr[ak]tionen der SPD. und USP. zustande gekommenen Arbeitsgeme[in]schaft und spricht die Hoffnung aus, daß es bald gelingen mö[ge], die einer organisatorischen Wiedervereinigung der beiden sozia[li]stischen Parteien etwa noch im Wege stehenden Hindernisse h[in]wegzuräumen.

Die von den Berliner Genossen der SPD. stets erstrebte [so]zialistische Einigung kann jedoch vorläufig nur durch die beid[en] sozialistischen Parteien hergestellt werden.

Die KPD. hat durch ihr Verhalten auch in letzter Zeit, in[s]besondere gelegentlich der jüngsten Demonstrationen, gezeigt, d[aß] ihr an einer wirklichen Einheitsfront des Proletariats nichts lie[gt], wenn damit nicht gleichzeitig die Wünsche der Moskauer Gewa[lt]haber erfüllt werden. Anstatt einigend, wirkt diese Partei überа[ll] durch ihre verlogene Politik und ihre anerzogene Verleumdung[s]sucht gegenüber Andersdenkenden nur zerstörend und treibt d[a]durch die Arbeiter ins Lager der indifferenten Masse und d[er] bürgerlichen Parteien. Die Wirksamkeit der Kommunisten komm[t] daher am Ende nur der Reaktion zugute.

Der Bezirkstag lehnt deshalb jede Gemeinschaft mit ein[er] solchen Partei ab und verurteilt auf das entschiedenste auch e[in] Zusammengehen in einzelnen kleinen Bezirken und Gruppen sow[ie] die Bildung sogenannter Kontrollausschüsse und ähnlicher Körpe[r]schaften.“

Die Ueberschwemmungskatastrophe im Warthegebie[t].

Landsberg, 31. Juli.

Die Ueberschwemmung in den Gemeinden des Warthebruche[s] ist von verheerender Wirkung. Der Verkehr zwischen den Ge[]höften kann nur notdürftig auf Kähnen aufrechterhalten werden. Die Wehre sind total vernichtet. Regierung und Landwir[t]schaftskammer bereisen das hart getroffene Gebiet.

Verhaftung eines Attentäters.

Der angebliche Student Werner Flesch, der seinerzeit ver[]haftet worden war, weil er unmittelbar nach der Bekanntgab[e] der Ermordung Rathenaus im Reichstage Helfferich einen Blumenstrauß mit schwarz-weiß-roter Schleife überbrachte, dann aber wieder freigelassen wurde, ist Sonnabend in Berlin auf[s] neue verhaftet, und zwar wegen Teilnahme an dem Attenta[t] auf Harden.

1 Dollar = 670 Mark.

Bei Beginn der neuen Woche stand die Berliner Börse vo[r] einer völlig veränderten Situation. Am vergangenen Sonnabend war die Mark in Neuyork auf einen Kurs herabgedrück[t] worden, der einer Dollar-Parität von 678 entsprach. In Berlin war man zunächst nicht geneigt, diese Markentwertung an[]zuerkennen. Die Berliner Spekulation neigte zu Abgaben i[n] fremden Zahlungsmitteln. Infolgedessen ging im Vormittags[]verkehr der Dollarkurs bis auf 620 zurück. An der Börs[e] trat jedoch eine erneute Hausse ein. Der Kurs stieg von 65[] bis auf 670. Amtlich notierten Kabel Neuyork 670, London 2975, Holland 25 850.

Bilder vom Bodensee.

Von Hermann Bauer.

I.

Das Land der Alemannen mit seiner Berge Schnee,
Mit seinem blauen Auge, dem klaren Bodensee,
Mit seinen gelben Haaren, dem Aehrenschmuck der Auen,
Recht wie ein deutsches Antlitz ist solches Land zu schauen.

Viktor Scheffels Lobpreis an den Seekreis erklingt schon in den Ohren, wenn du in früher Abendstunde mit dem letzten herzhaften Ostseehauch eine Jahresbürde voll Arbeitslast abgeschüttelt und eine Stunde später vor der fauchenden D-Zug-Maschine im Hamburger Bahnhof stehst. Sie führt dich in Nacht und Wind quer durch die Lüneburger Heide. Das gleichtönige Räderrollen lullt dich in leichten Schlummer, und wenn du zum erstenmal die schlaftrunkenen Augen reibst, jagt der Zug bereits durchs schöne Hessenland, den aus nordischen Weiten Kommenden im Morgengrauen mit den ersten Bergkegeln begrüßend. Schon lacht das Herz! Noch einige Stunden und die Mainlinie wird überfahren, südliche Gaue grüßen dir entgegen. Heidelbergs stolze Zier, die Schloßruine prangt im Sonnenglanz, der sich über die ganze große Rheinebene breitet und Wunder auf Wunder erschließt. Längs der Bergstraße rast der Zug stundenlang, ermöglicht dir einen Ausblick aller Herrlichkeiten. Dorf auf Dorf und Städtchen auf Städtchen fliegt vorbei: reifende Felder, saftige Wiesen mit hunderttausenden schwertragender Obstbäume sättigen das Auge. Flüchtigkeitsbilder, doch für lange Zeit eindrucksvoll.

Vor nahezu 30 Jahren, als die jungen Handwerksgesellen noch den Ranzen trugen und den Stecken schwangen, da zog ich Schritt für Schritt die freie Luft und durchwanderte die tausend Kilometer, die mich heute auf dem Schienenstrang entführen. Frohe Wanderburschenzeit lachte der dampfenden Kolosse, erkor sich Weg und Steg und Lagerstatt nach freier Willkür. Sie legte den Grundstock zur Heimatliebe und trieb den Sinn in die Weite. Arme Jugend, die im Zeitalter der Not an die Stadt oder den Umkreis gefesselt bleibt. Nie wirst du das Geheimnis seliger Erinnerungen im Busen tragen, kann in Stunden herber Schicksalskämpfe gemütstiefe Regungen als Lebenswecker heraufzaubern können. Wie singt doch Paul Heyse:

Durchstreife frei das Weltgebiet,
Willst du die Heimat recht verstehn;
Wer niemals außer sich geriet,
Wird niemals gründlich in sich gehn.

Weiter, weiter! Der langgestreckte Kolos [illegible] durchs Gutach- und Kinzigtal. Doch bald ermüdet ihn die [illegible] Kehrei. Eine [illegible] zu versagende Hilfe wird vorgespannt. Doch die Mühigkeit [illegible] trotz alledem, beide Maschinen keuchen und [illegible] Bergriesen [illegible] haben sich in den Weg gestellt: die Schwarzwaldberge türmen sich auf, liegen neben- und schieben sich übereinander, schaffen tiefe Täler und große Schluchten. Beängstigend schaust du hinab, wenn der Zug haarscharf an ihnen vorbeirutscht. Fragend wendet sich der Blick nach den hohen tannengeschmückten Kuppen, nach der Lösung, wie sich die schwarze Schlange dort hinaufwinden soll. Da kommt der freundliche Schaffner und steckt am hellen Tage das Licht an. Das Wunder, den Schwarzwald mit sicherem Schienenstrang zu belegen, hat tüchtige Ingenieurkunst längst vollbracht: Zweiunddreißig Tunnels wurden durch die Granit- und Sandsteinfelsen gebohrt, um den Grat in schönster Schleifenfahrt zu erklimmen. Nach jeder Durchfahrt erhöht sich dein Staunen ob der Prächtigkeit der Umgebung. Und wenn du so mühelos die höchstgelegene Station Sommerau in 763 Meter Höhe erreicht hast und mit Blitzesschnelle talwärts saust, dann sind so ungesehen viele landschaftliche Schönheiten am Auge vorbeigezogen, daß es vermessen wäre, sie nur strichweise auszumalen.

Während du etwas übermüdet über das gestaltungsreiche Wirken des Naturgeschehens sinnst, verbreitert sich das Tal, zeigt sich eine blaue Linie in der Ferne. Untersee und Rhein winken dir entgegen. Das Konstanzer Münster türmt sich in die Abendwolken, damit rollt der Zug über die Rheinbrücke, und in der nächsten Minute ist das Reiseziel erreicht. Du stehst auf dem Boden der alten freien Reichsstadt Konstanz.

II.

Ein selig Gefühl, heimatlichen Boden zu betreten. Köstlich, wenn dieser Boden die alte Weihe behalten hat, wenn sich dort, wo noch Umhegung gezwungen, Neues geschaffen werden mußte, Sinn und Verstand gepaart haben. Wanderst du auch als Fremder durch die Stadt, das Gefühl bescheidener Ruhe wird dich niemals verlassen. Der Zug ins Große dort fesseln, wo städtische Bauten neu erstanden, wie Kaufhaus und Gymnasium mit ihrem kleinstädtischen Charakter beweisen. Siedlungsbauten sind mustergültig, sogar schwedische Holzhäuser wurden unweit der Stelle, wo vor 500 Jahren der Reformator Huß wahnsinniger Bigotterie zum Opfer fiel, errichtet. Sie werden einen dauernden Schmuck von Konstanz bilden. Wohl der Stadt, die solche Baumeister beherbergt.

Doch dies sind Aeußerlichkeiten. Als Großstädter nimmt dich die Beschaulichkeit jeder süddeutschen Klein- und Mittelstadt gefangen. Kein Gebimmel der Elektrischen stört dein Sinnen, selten nur kreuzt ein Auto deinen Weg. Unbemerkt fällt die zermürbende Großstadtlast von den Schultern, härten sich die Nerven. Im Innern der Stadt selbst sorgt das Mühlrad schaffender Arbeit wie überall. Denn auch die Grenzstädte leiden an der Krankheit unserer Zeit. Bei genauerem Zusehen gewahren wir hier erst recht die furchtbare Macht der Teuerung in den abgehärmten Gesichtern des werktätigen Volkes. Wie bei uns der Ausländer, so dominiert hier der Schweizer. Die unsinnige Macht des „Fränklis“ öffnet ihm Herrlichkeiten und Erbärmlichkeiten. Er ist tonangebend in den zu plumpen Halbdielen umgewandelten Baizen, er trinkt den Wein und ist Hahn im Korb bei den Kellnerinnen. Der Schweizer Franken steht hoch im Kurs. Für die 100 Rappen verkaufte der einst so gern gesehene Nachbar sein gutes Ansehen — kaufte der Schweizer fast ganz Konstanz aus, bis endlich ein Riegel vorgeschoben wurde. Die Nachbargebiete waren einst aufeinander angewiesen. Heute zieht, zur Ehre der Schweizer sei es gesagt, nur ein kleiner Teil Nutzen aus der Not des andern. Im Grunde genommen leiden alle beide solange, bis die Barrikaden an den Zollgrenzen fallen. Daß Schweden und Amerikaner auch an der südlichsten Ecke Deutschlands die Minderwertigkeit der Mark ausnützen, sei nebenbei bemerkt.

III.

Derweil sich die Menschen streiten und plagen, glitzert der See gleichmäßig im Sonnenstrahl. Soweit das Auge reicht, ziehen sich die herrlichsten Ufer entlang, schauen die prachtvollsten Villen aus schattigen Gärten. Ein Bild der Schönheit und des Friedens. Klar fließt die Flut des Rheins aus dem Bodensee, grüßt flüchtig die träumende Pappelreihe am Inselhotel und eilt rasch sich selbst übergurgelnd, unter der Rheinbrücke durch dem fernen Wasserfall zu. Das sanft anschwellende Schweizer Ufer mit seinem schneebedeckten Alpenhintergrund hebt sich prächtig ab. Aufdringlich streckt der ewige Winterriese Säntis sein weißes Haupt hervor. Recht anmutig und abwechslungsreich zieren sich schlanke, vom leichten Windhauch wiegende hohe Pappeln am baumbegrenzten Gestade. Achtunggebietende breite Raddampfer hämmern über den glatten Seespiegel, mit ihren großen Schaufelrädern hohe Wellen werfend.

Und erst eine Fahrt auf dem Schwäbischen Meer! Sie öffnet dir den Sinn ins Wesensvolle, in irdische Glückseligkeit. Feenhaft ist der Anblick von der Seestraße aus, wenn abends die lichtbesteckten Salondampfer heimwärts stampfen. Ins Zauberreich schaut das Menschenauge, wenn du selbst an Bord stehst und geheimnisvolle Erdenschöne dich umgibt. Dunkle Nacht hat sich auf die Bergketten gelegt, deren Ränder der Himmel mit symphonischen Regenbogenfarben vom saftigsten Purpur, lieblichsten Blau und Silberglanz überflutet. Einsam leuchtet Venus aus dem Dunkel der Nacht herauf, und Jupiter überstrahlt seine Getreuen. Unzählige Lichter flimmern längs des Schweizer Ufers und von Konstanz her in die julimarme Nacht. Die Seele schwinget sich!

So märchenhaft schüchtern sich der Bodensee meistens gibt, so garstig und tollig kann er auch sein. Mit vollem Grimm wühlen die Seegeister im Urgrund, peitschen das Gewässer mit gleicher Wucht wie die baltischen Meeresgötter die Ostsee. An solchen Tagen versucht manch Bodenseedampfer mehrmals vergebens an den Landungsstellen anzulegen. Doch dies sind Ausnahmen. Wer vom Bodensee scheidet, nimmt nur ein Andenken an seine Beschaulichkeit und Lieblichkeit mit.

Schluß folgt.

Die arme Reichsbahn.

Von Dr. R. Kuczynski.

(Nachdruck verboten.)

Vor dem Kriege hielt der Deutsche die deutschen Staatsbahnen für die besten der Welt. Wer da sagte, man reise in manchen anderen Ländern billiger und bequemer als bei uns, oder der Güterverkehr sei in vieler Beziehung rückständig, galt als ein Nörgler. Ein Fremder, der zu äußern wagte, auch anderwärts kämen Züge pünktlich an, verletzte das Gastrecht. Heute sind alle Ausländer, die uns besuchen, voll des Lobes über unsere Reichsbahn. Für den Deutschen aber gehört es zum guten Ton, auf die Eisenbahn zu schimpfen. Sie ist nachgerade so unbeliebt geworden, daß man kein gutes Haar an ihr läßt, daß hier jeder den Schulmeister spielen will.

Die Eisenbahn beschäftigt jetzt 1 020 000 Menschen gegenüber 740 000 vor dem Kriege. Das bedeutet ein Mehr von 38 Proz. bei einem Rückgang des Verkehrs um etwa 15 Proz. Im Kohlenbergbau ist die Vermehrung des Personals etwas größer als bei der Bahn, der Rückgang der Förderung etwas stärker, das Ergebnis also noch ungünstiger. Bei der Deutschen Bank ist die Zahl der Angestellten von 5666 auf 19 422 gestiegen, d. h. um 243 Prozent. Von den Leistungen aber heißt es im Geschäftsbericht: „Den Bedürfnissen unserer Wirtschaft stellten wir am Schlusse des Berichtsjahres 9 701 784 000 Mk. Kredite zur Verfügung, in Wirklichkeit nur 221 502 000 Goldmark gegenüber 885 229 000 Mk., die wir Ende 1913 an unsere Schuldner ausgeliehen hatten." Also wohl nach Meinung der Bank ein Rückgang der Leistung um etwa drei Viertel bei einer Vermehrung des Personals auf fast das 3½fache.

Fragt man nun, wer an der Verringerung des „Wirkungsgrades" schuld sei, so hört man meistens:

Eisenbahnen: die Verwaltung,
Bergbau: die Arbeiter,
Banken: die Verhältnisse.

Merkwürdig, daß für die gleichen Wirkungen nie die gleichen Ursachen genannt werden!

In der kürzlich vom Reichsverband der Deutschen Industrie herausgegebenen Denkschrift „Die deutsche Eisenbahnfrage" heißt es: „Die in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmungen liefern den Beweis dafür, daß durch den Fortfall der Voraussetzungen für eine starke autorative Verwaltung und durch das Eindringen des politischen Einflusses in die Staatsbetriebe das Gedeihen, ja der Bestand der Unternehmungen völlig in Frage gestellt wird." Ganz abgesehen davon, daß es Blödsinn ist, zu behaupten, der Bestand der Reichsbahn sei völlig in Frage gestellt —, sind nicht auch im Bergbau die Voraussetzungen für eine starke autorative Verwaltung fortgefallen? und ist dort der politische Einfluß weniger zu spüren? Warum beschuldigt man dann bei dem Staatsbetrieb den Arbeitgeber, bei dem Privatbetrieb den Arbeitnehmer? Wenn bei der Reichsbahn die Leistung pro Kopf gering ist, dann ist die Verwaltung unfähig, wenn im Bergbau die Leistung pro Kopf klein ist, dann ist die Verwaltung — tadellos, aber der Arbeiter ist schuld. Wenn die Deutsche Bank den Bedürfnissen der Wirtschaft (in Goldmark) nur ein Viertel so viel Kredite zur Verfügung stellt wie vor dem Kriege, so liegt das an den Verhältnissen: die Bank hat eben nicht mehr auszuleihen. Wenn die Reichsbahn 15 Proz. weniger leistet als vor dem Kriege, so fordert der Reichsverband „Vermehrung der Betriebsleistungen durch Pflege des Verkehrs im einzelnen, wie es nicht ein Staatsbetrieb, wohl aber ein Kaufmann, dem an der Ausdehnung seines Geschäftsbetriebes liegt, zu tun pflegt". Wären unsere Großbanken staatlich und ihre Leiter würden dann noch sagen, sie könnten nicht mehr ausleihen, weil ihre Depots nicht größer sind, so würde es alsbald heißen: Zahlt gefälligst höhere Zinsen, dann werdet ihr auch größere Depots haben; handelt überhaupt wie ein Kaufmann, dem an der Ausdehnung seines Geschäftsbetriebes liegt, zu tun pflegt.

Und wie groß sind die Ansprüche, die das Publikum an die Bahn stellt, wie gering die Ansprüche, die es in Privatbetrieben stellt! Dieselben Leute, die mit einer wahren Lammsgeduld eine halbe Stunde und länger an einem Bankschalter warten, werden nervös, wenn sie fünf Minuten an einem Fahrkartenschalter „anstehen" müssen. Dieselben Leute, die unentwegt über die „zu vielen" Bahnbeamten schimpfen, geraten außer sich, wenn sie selbst auch nur ein einziges Mal zwei Minuten an einer Bahnsperre, einer Handgepäckausgabe verlieren, an der „natürlich wieder" nur ein Beamter steht. Kommen sie aber einmal zwischen zwei Zügen auf den Bahnhof, dann steht der Perronbeamte „nur so herum". Ueberhaupt diese Verständnislosigkeit gegenüber der Arbeitsbereitschaft! Daß bei der Reichsbahn mit ihren 12 000 Stationen viele Beamte nicht dauernd „arbeiten", liegt an dem Mangel an Organisationstalent, an dem Fehlen des kaufmännischen Geistes in der Verwaltung. Daß aber in unseren Läden die Verkäufer jahraus jahrein nur arbeitsbereit sind, ist — so selbstverständlich, daß es den Kritikern der Reichsbahn wohl noch nicht einmal aufgefallen ist.

Warum werden nun so verschiedene Maßstäbe an Staatsbetriebe und an Privatbetriebe angelegt? Warum insbesondere regt sich jedermann über den hohen Personalbestand der Eisenbahn auf, während alle Welt die Zunahme der Bergarbeiter oder die kaninchenhafte Vermehrung der Bankangestellten gelassen hinnimmt? Ich glaube, vor allem, weil jedermann weiß, daß er an den Personalausgaben der Bahn selber mitzutragen hat, während die meisten Menschen sich einreden, daß die Löhne der Bergarbeiter und die Gehälter der Bankangestellten nicht ihnen, sondern anderen zur Last fallen. Ja, es soll sogar noch Leute geben, die meinen, die gestiegenen Personalausgaben der Zechen schmälerten den Gewinn der Kuxenbesitzer, die gestiegenen Ausgaben der Banken schmälerten die Gewinne ihrer Aktionäre. Als ob nicht unter den heutigen Verhältnissen unwirtschaftliche Mehrausgaben der Zechen und der Banken letzten Endes ebenso von der Gesamtheit getragen werden müssen wie unwirtschaftliche Mehrausgaben der Reichsbahn.

S. P. D. Berlin.

Der Bezirksverband Berlin der Sozialdemokratischen Partei veröffentlicht den Geschäftsbericht für die Zeit vom 1. April 1921 bis 1. März 1922. Die Mitgliederzahl ist in den letzten drei Quartalen um 3338 Männer und Frauen auf 44 462 gestiegen. Eine Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Berufe widerlegt schlagend die Behauptung, daß in unserer Partei eigentlich nur noch besser bezahlte Angestellte, Beamte und andere Angehörige des Mittelstandes organisiert sind. 16 520 Mitglieder sind gewerblich tätige Arbeiter, 5538 sind Angestellte, 5113 gehören der Beamtenschaft an und nur 2744 Mitglieder sind selbständig Gewerbetreibende. Der Rest setzt sich zusammen aus Angehörigen freier Berufe, aus gewerbstätigen Frauen und Hausfrauen sowie aus Arbeitern, Angestellten und Beamten ohne Berufsangabe. Der Kassenbericht schließt mit einer Einnahme von 1 844 658 Mk., der eine Ausgabe von 1 720 611 Mk. gegenübersteht. Diese gerade nicht sehr erfreulichen Kassenverhältnisse haben den Bezirksvorstand veranlaßt, die Beiträge ab 1. Juni für Männer auf 2 Mark und für Frauen auf 1 Mark pro Woche festzusetzen. **Von den bessergestellten Parteigenossen wird monatlich ein Extrabeitrag erhoben.** Im Berliner Stadtparlament sitzen 46 Vertreter unserer Partei. In den 20 Verwaltungsbezirken haben wir 133 Bezirksverordnete. Im Groß-Berliner Magistrat sitzen 11 sozialdemokratische Magistratsmitglieder, in den Verwaltungsbezirken 51 Stadträte bezw. Bürgermeister. Insgesamt zeigt der Bericht, daß die schweren Schäden, die der Bruderstreit gerade in Berlin unserer Partei geschlagen hat, überwunden sind und die Organisation wieder auf dem Wege zu der Macht ist, die sie ehemals im roten Berlin besaß.

Der Reichsverband deutscher Postbeamten scheidet aus dem deutschen Beamtenbund aus.

SPD. Dem am Sonnabend nachmittag zu Ende gegangenen Verbandstag des Reichsverbandes deutscher Post- und Telegraphenbeamten wurde von allen interessierten Kreisen die größte Beachtung geschenkt. Er war einberufen zu dem ausschließlichen Zweck, Stellung zur Organisationsfrage zu nehmen. Die Gründung des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes hatte den Deutschen Beamtenbund in seinen Grundfesten erschüttert, denn das Ausscheiden der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten war das Signal für andere Beamtenverbände, insbesondere für den Reichsverband der Postbeamten, ihre Haltung zum Deutschen Beamtenbund einer Revision zu unterziehen. Im Reichsverband war sofort eine starke Strömung für den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund vorhanden, auf deren Drängen der Verbandstag einberufen wurde. Die Anhänger des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes waren allerdings insofern im Nachteil, als die Delegierten nach den Satzungen schon zu Beginn des Jahres gewählt werden, und deshalb gab der außerordentliche Verbandstag auch kein Spiegelbild über die augenblickliche Stimmung in den Mitgliederkreisen. Aus diesem Grunde kam ein Beschluß zustande, der gewissermaßen als ein Kompromiß zwischen den Anhängern der beiden Richtungen angesehen werden muß. Das Entscheidende an dem Entschluß ist der Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund. Die Frage entsteht nun, was geschehen soll. Es kann keinem Zweifel unterliegen, **daß der Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund erfolgen muß.** Wer aufmerksam die Tagung verfolgte, kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß eine zielbewußte Anhängerschar für den Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Beamtenbund an der Arbeit war und den Verbandstag, der noch am ersten Verhandlungstage mit 89 gegen 78 Stimmen entschied, keinen Vertreter einer Spitzenorganisation zuzulassen, am zweiten Tag dazu brachte, einstimmig den Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund zu vollziehen.

Der dritte Verhandlungstag brachte einige Satzungsänderungen und die Neuwahl des Vorstandes. An Stelle des verstorbenen Vorsitzenden Laux wurde Kugler gewählt. Wesentliche Veränderungen in der Zusammensetzung des Vorstandes traten nicht ein. Betont sei noch, daß nur durch den Austritt aus dem Deutschen Beamtenbund die Spaltung des Verbandes verhindert werden konnte.

Die deutschen Faszisten unter sich.

SPD. Berlin, 28. Juli.

Herr Wulle dementiert. Er läßt die Welt wissen, daß er nicht den Mut gehabt habe, aus der deutschnationalen Partei auszuscheiden, sondern in seiner Erklärung nur verkündet habe, daß er seine Mitarbeit in der Fraktion vorläufig niederlegt. Auch an die Gründung einer völkischen „Freiheitspartei" dächten Wulle nebst Gräfe und dem hinausgeworfenen Hennings nicht.

Der „Vorwärts" bemerkt hierzu: „Eine Nachricht, wonach die drei Genannten eine neue Partei gründen wollten, hat nicht im „Deutschen Abendblatt" gestanden; vielmehr ist uns wohlbekannt, daß der Plan vom „Direktor" des Wulleblattes, von Herrn Sontag ausgeht, der mit Ludendorff in indirektem Verkehr steht. Die Erklärung des Herrn Wulle richtet sich gegen Sontag, den journalistischen Vertrauensmann Ludendorffs. Es geht aus ihr hervor, daß die Völkischen nicht nur mit den Deutschnationalen, sondern auch untereinander den schönsten Krach haben, und daran dürfte die Gründung der völkischen Freiheitspartei, die schon am letzten Sonnabend erfolgen sollte, zunächst scheitern."

Der internationale Friedenskongreß zum Wiederaufbau Europas.

In der Vormittagssitzung des vom 27. Juli in London tagenden internationalen Friedenskongresses wurde die Wiederherstellung der Wirtschaft Europas besprochen. Nach einleitenden Ausführungen Lord Parmoors hielt Pelsch eine Rede und sagte unter anderm: man stehe augenblicklich vor dem Bankerott fast aller großen Staaten Europas. Er bezweifle, daß irgend etwas Frankreich vor dem Bankerott retten könne. In Versailles sei der richtige Zeitpunkt dazu gewesen. Frankreich könne nicht mehr erhalten, als das, was zu seiner Wiederherstellung nötig sei. Diese Summe müsse durch gemeinschaftliche Anstrengung beschafft werden. Seiner Ansicht nach sei Deutschand imstande und bereit, eine vernünftige Summe für die Wiederherstellung zu leisten. — Sir Thomas Bayclay führte aus, der beste Plan würde sein, einen Ausschuß von Sachverständigen und Juristen außerhalb der Regierung zu ernennen, die den Versailler Vertrag prüfen und ein Memorandum abfassen sollten, in dem erklärt werden müßte, in welchen Punkten sich der Vertrag von den Präliminarien, die seine Unterlage bilden müßten, unterscheide. — Hierauf wurde eine Anzahl eingebrachter Entschließungen angenommen, die erklärten, daß die wirtschaftliche Wiederherstellung Europas folgende Maßnahmen erfordere: 1. Die Herabsetzung der Reparationszahlungen auf eine Summe, die den im Kriege angerichteten materiellen Schaden gutmache und deren Bezahlung von dem deutschen Volke vernünftigerweise erwartet werden könne. 2. Die Zurückziehung der Besatzungsarmee vom Rhein und die Einstellung der hohen Ausgaben, die deren Aufrechterhaltung notwendig mache. 3. Rückgabe des Saargebietes an Deutschland, Wiederherstellung der französischen Bergwerke. 4. Alle Bedingungen, die den internationalen Handel und Wandel fördern, sind herzustellen. 5. Annullierung der gegenseitigen Schulden. 6. Einstellung der Rüstungen durch ein allgemeines Abkommen. 7. Ausgestaltung des Völkerbundes. 8. Beschaffung einer internationalen Anleihe, damit das Werk der Wiederherstellung Europas in möglichst kurzer Frist beendet werden könne. 9. Durchsicht der Friedensverträge durch den Völkerbund. 10. Jede Nation muß das Recht, daß das russische Volk sich selbst in seiner eigenen Weise regiere, anerkennen; das russische Volk muß die Vorkriegsverpflichtungen anerkennen. 11. Gewährung eines ausreichenden finanziellen Beistandes an das russische Volk, damit es in den Stand gesetzt werde, die ihm durch den Krieg und vor allem nach dem Kriege zugefügten Schäden wieder herzustellen.

Verwirrung in Polen.

Die Situation in Polen ist durch die Ablehnung des Mißtrauensvotums, das die Rechte im Sejm dem Reichspräsidenten Pilsudski gegenüber eingebracht hat, noch ungeklärter geworden.

Nach allen Berichten, die uns aus Polen zugehen, hat sich die innere Lage soweit zugespitzt, daß mit der Möglichkeit eines Bürgerkrieges zu rechnen ist. Dieses wäre für die junge polnische Republik eine Belastungsprobe, die sie schwerlich überstehen würde, trotz der wohlwollenden Haltung, die ihr seitens der Entente entgegengebracht wird.

Es sind in einigen Tagen 2 Monate her, daß wir in Polen das seltene Schauspiel erlebt haben, daß das Ministerium Ponikowski nach neunmonatiger Dauer von der Bildfläche verschwinden mußte, da der Reichspräsident ihm das Vertrauen entzog. Trotzdem der Sejm diesem Koalitionsministerium nachträglich seine Sympathie ausdrückte, wagte der Sejm nicht, offen gegen das verfassungswidrige Verhalten Pilsudskis aufzutreten. Da in einigen Monaten der jetzige Sejm seinem Ende entgegenging (inzwischen sind die Wahlen auf den 19. Oktober festgesetzt) und nur ein vorläufiges Parlament, die sogenannte kleine Konstituante bildete, griff man zu dem Mittel, das auch in anderen monarchischen Ländern ergriffen wird, man betraute Herrn Sliwinski mit der Bildung eines neuen Kabinetts. Das linksgerichtete Ministerium Sliwinski wurde durch den Reichspräsidenten bestätigt und hatte damit den Unwillen der Rechten und die dahinterstehenden Kreise der Schlachta und des Klerus auf sich geladen. In der rechtsgerichteten Presse wurde diesem Ministerium Deutschfreundlichkeit vorgeworfen und stets darauf hingewiesen, daß die 10 Vertreter der Juden im Sejm für dieses Ministerium votierten. Durch diese Hetze ist es gelungen, nachdem dieses Kabinett etwas über einen Monat die Geschicke des Reiches lenkte, mit einer kleinen Mehrheit von 219 gegen 206 Stimmen das Ministerium zu stürzen.

Die Rechtspresse jubelte, und die Fraktionen der Kabinettstürzer hatten nichts Eiligeres zu tun, als den „Befreier Oberschlesiens", **Korfanty**, zum Ministerpräsidenten zu nominieren. Da geschah etwas Unerwartetes, der Nationalheld Korfanty wurde durch den Staatschef nicht bestätigt. Herr Pilsudski ließ den Fraktionsführern den Wunsch mitteilen, eine Koalitionsliste mit Einschluß der Mittelparteien vorzulegen. Inzwischen wurden **von der sozialdemokratischen Partei Vorbereitungen für die Kundgebungen in den Industriezentren gegen die Nomination Korfantys** getroffen. Am Mittwoch, 19. Juli, fanden diese Protestversammlungen unter freiem Himmel statt. Die Straßenbahn und die großen Betriebe ruhten vollständig. Die Rufe richteten sich gegen ein Ministerium Korfanty. Die Abgeordneten Daszynski, Stapinski, Barlicki und andere hielten in Warschau Ansprachen. Der Generalstreik war in Verbindung mit dem gewaltigen Demonstrationszug für Herrn Pilsudski ein Fingerzeig, von einer Bestätigung eines rechtsgerichteten Ministeriums Abstand zu nehmen. Nun holten aber auch die Korfanty-Verehrer zu einem gewaltigen Schlage aus. Am Sonntag, 23. Juli, beriefen die Rechtsparteien mit Zuhilfenahme der christlichnationalen Gewerkschaften und Arbeitsvereine in allen größeren Städten öffentliche Versammlungen ein, um in flammenden Resolutionen das verfassungswidrige Verhalten Pilsudskis zu kennzeichnen. Am Schlusse der Versammlungen wurde dann wie auf Verabredung ein Hoch auf Korfanty ausgebracht. Alle diese Beschlüsse wurden an dem Sejmpräsidenten (hier Marschall genannt) Trampczinski gesandt.

Das Ministerium Sliwinski ist bis zur Beendigung der Krise am Ruder geblieben, und wird Tag für Tag von der Rechtspresse über alle Maßen angegriffen. Infolge der Krise ist ein unaufhaltsames Fallen der ponischen Mark eingetreten. Eine Finanzschwächung Polens um 50 Milliarden polnische Mark ist bereits auf einer Bankierkonferenz in Warschau festgestellt worden. Die feste Haltung Pilsudskis, der es unter allen Umständen verhindern will, daß ein politischer Abenteurer an die Spitze des Reichskabinetts tritt, gibt die alleinige Gewähr, daß diese schwere Krise nicht zum Verhängnis für die junge polnische Republik wird. Erst die Neuwahlen am 19. Oktober werden für die Zukunft Polens den Ausschlag geben und einen Gradmesser für die künftige Gestaltung dieses Landes bilden.

Neuwahlen für den Sejm.

Warschau, 29. Juli.

Der Sejm hat die Wahlrechtsvorlage angenommen. Die Neuwahlen für den Sejm wurden auf den 5. November festgesetzt, die für den Senat auf den 12. November.

Devisen-Kurse.

Berlin, 1. August.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

		31. Juli.	29. Juli.
Amsterdam	100 fl.	25817.85	23620.40
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	5103.60	4719.05
Kristiania	100 Kr.	11385.75	10436.90
Kopenhagen	100 Kr.	14282.10	13033.65
Stockholm	100 Kr.	17403,20	15830.15
Helsingfors	100 finn. Mk.	1368.25	1258.50
Rom	100 Lire	3046.15	2771,50
London	1 £	2971.25	2701.60
New York	1 Doll.	669.14	605.24
Paris	100 Frs.	5398.20	5015.70
Zürich	100 Frs.	12684.60	11610.45
Madrid	100 Peseta	10327.05	9463.15
Wien	100 K.	1.30½	1.40½
Prag	100 K.	1596.—	1423.20
Budapest	100 K.	31.21	31.46

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg
Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

(5082

Ankerlin

F. Storm, Lübeck, Falkenplatz 1.

Kleinrentner.

Abt. Abgabe von verbilligten Lebensmitteln,
Kartoffeln Pfd. 3.30 Mk.
Zentrale für private Fürsorge,
5095) Johannisstr. 47/49. Fernruf 8744.

Die Badeanstalt **Marli** ist Dienstags und Freitags von 5 bis 6 Uhr nachmittags den hiesigen Truppen zum Baden zur Verfügung gestellt. (5093
Lübeck, den 31. Juli 1922.
Das Polizeiamt.

Für die erwiesene Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen meinen herzlichsten Dank.
Emilie Meier Ww.
geb. Greßmann
nebst Kindern.
Moisling. (5087

Eine Zimmerfrau
sofort gesucht. (5088
Klemenstwiete 1 c.

Herzliche Bitte!
Anständ. junger Mann sucht sofort gut möbl. Zimmer. Näh. Hundestr. Ang. unt. **A 307** a. d. Exp (5100

F. Mann sucht zu sofort möbl. Zimmer. Ang. u. **A 308** an die Exp. (5102

Sitz- und Liegewagen zu verkaufen (5099
Kottwitzstraße 2, II. r.

Billig zu verk. sehr gutes Sofa, gr. Spiegel und Küchenschrank (5109
Gr. Vogelsang 13a.

Kinderw., grüne Golfjacke 5090) Fischergrube 56

1½schläf. Bettstelle mit Matratze zu verk. (5096
Kottwitzstraße 63 III.

Zu verk. Sekret., Tische, Bettstelle, Regulator, Eckschrank. Zu bes. ab 8 Uhr. Obertrave 12 II. (5107)

---

2 Zugänger
zu verkaufen, ca. 120 u. 150 Pfd. schwer. (5101
Kerckringstr. 58.

---

1 Partie Ferkel u. Zugänger zu verkaufen. (5112
Schönkampstraße 18.

Verl. am 29. in L. 14 v. Kücknitz-b. Geibelplatz 1 Handt. m. 1300 Mk. Inhalt u. Lebensmittelausweis. Diej. ist erkannt, welche d. Tasche an sich genommen u. wird ersucht, selbige bei der Kücknitzer Polizei abz. widrigenfalls Anzeige erstattet wird. (5097

Verl. eine gold. Brosche mit schwarzem Stein. Abzug. geg. Bel. (5104
Schwartauer Allee 149.

Gestohlen bei Hohenstiege eis. Boot (Kahn), blau gestrichen, Name „Henni". Nachr. gegen angem. Belohnung (5105
Seifert, Heimstätten 49.

Die Beleidigung gegen Frau **Krehker, Reckefeld**, nehme ich zurück.
Frau Riskowski.
(5089

Schwarz-rot-goldene Schleifen und Fahrradfahnen
zu haben in der
Buchhandlung Friedrich Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Mir oder Mich?
Lern- und Nachschlagebuch für den Selbstunterricht in der deutschen Sprache.
Leitfaden zum Gebrauch der Fürwörter.
Leichtfaßlich dargestellt von Carl Mann, Lehrer.
Mk. 15 00 Mk.
Buchhdlg. Fr. Meyer & Co.,
Johannisstr. 46.

Bilanz der Rechtsprechung.
Von **Erich Kuttner.**
M. d. L.
Mk. 10.—
Buchhandlung
Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Für Wanderer — Jung und Alt!

Neu erschienen! Neu erschienen!

Reichs-Herbergs-Verzeichnis 1922/23.

Preis 16.— Mk.
Herausgegeben vom Verband für Deutsche Jugendherbergen.
Geschäftsstelle Hilpenbach, Westfalen.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Läuse,

Wanzen, Flöhe, Ungeziefer vertilgt sofort bei Mensch u. Tier. 100000 mal bewährt, **„Riesolda"**, ges. gesch. Verk. (5098
H. Wiese, Aegidienstr. 4.

Aus der Betriebsräte-Praxis
1. Teil.
Von Clemens Nörpel.
Mk. 15.—.
Buchhandl. Fr. Meyer & Co.

Achtung Radfahrer!
Mäntel noch für 220 Mk.
Freiläufe noch 530 Mk.
A. Meyer, Händler
Gr. Vogelsang 13a,
(5108

Kolosseum Ball

Jeden Mittwoch und Sonnabend
Kassenöffn. 6½ Uhr.
Heinrich Ohde.
5081)

Luisenlust. Morgen Mittwoch **Tanz.** Damen Eintr. frei. 5080

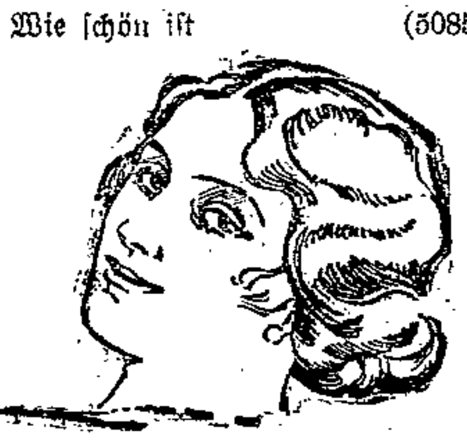
Nähmaschinenhaus Wilh. Kruse
Hüxstraße 43. Fernruf 1957.
Großes Lager erstklassig. deutscher Marken.
Solide Preise! Fachmännische Bedienung!
Reparaturwerkstatt für sämtliche Fabrikate.
Alleinvertretung der (5079
Phönix & Vesta (Original-Viktoria) Nähmaschinen.

Kommentar
zum
Reichsmietengesetz

von **Hans Krüger**
(Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium)
Mk. 20.00. (2025
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.,
Lübecker Volksbote. Johannisstr. 46.

Kammer-Lichtspiele
Königstraße 25.
Ab heute Freitag, d. 28. Juli, bis einschl. Donnerstag, d. 3. August:
Erstaufführung!
Sylvester Schäffer
der berühmteste Artist der Welt als
Nobody in dem großen Film
Der Herr der Unterwelt
in 5 großen spannenden Akten.
Unbedingt sehenswert.

Wie schön ist (5085



Lotte Neumann
in dem 5aktigen Filmschauspiel
Die verbotene Frucht
nach dem Roman von **Paul Oskar Hoecker,** für den Film bearbeitet von **Ruth Götz.**
Als Roman erschienen im Verlag **Ullstein & Co., Berlin.**

Als **Extra-Einlage:**
Putschliesl
Lustspiel in 4 Akten.
Ossi Oswalda in der Hauptrolle.

In Vorbereitung:
Der beste amerikanische Episodenfilm
„Seepiraten"
6 Episoden, 26 Akte.
In der Hauptrolle
Eddie Polo,
der König der Sensationen.
übertrifft alles bis jetzt Dagewesene

Sonntag nachmittag 2 Uhr: Kinder-Vorstellung

Wenn das Gas versagt,
hilft Ihnen
Rieschels Wellsieb-Grudeherd.
Vorführung jederzeit nur bei
Adolf Borgfeldt
Mühlenstr. 44. (5115

Törpers Produkten-Zentrale
Schwartauer Allee 26.
Beste Absatzquelle (5084
in Eisen, Metallen, Papier, Lumpen, Flaschen usw.
Größere Posten werden abgeholt.
Telephon 1575. Telephon 1575.

Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch
Herausgegeben vom Auswärtigen Amt
3 Bände in Halbleder gebunden
Mk. 500.—
Lübecker Volksbote
Johannisstraße 46

Umpressen von Herren-Hüten
in moderne Formen,
Hutreparaturen, Hutreinigung.
Hut-Ziehe
Wahmstraße Nr. 9.

Für alle Leser des Volksboten!

Unsere Leser können in unseren Filialen sowie bei den Zeitungsträgern oder in unserer Volksbuchhandlung die hochinteressante reichillustrierte Monatsschrift **„Welt und Wissen"** bestellen. Welt und Wissen ersetzt
eine große illustr. Hausbibliothek
denn sie bringt, leichtverständlich und hochinteressant für jedermann, die Wissenschaft der ganzen Welt in Wort und Bild gegen die kleine Vergütung von monatlich
nur 5 Mark.

Jedes Heft, reich illustriert, mit Umschlag 36 Seiten stark, bringt 15—20 Artikel von ersten Fachleuten. Folgende Wissenschaften werden darin behandelt:

1. Länderkunde.
2. Reisebeschreibung
3. Meereskunde.
4. Tierkunde.
5. Entwicklungs-Geschichte.
6. Bau des menschlichen Körpers.
7. Pflanzenkunde.
8. Mineralkunde.
9. Geologie.
10. Chemie.
11. Physik.
12. Himmelskunde.
13. Erfindungen.
14. Maschinenbau.
15. Elektrotechnik.
16. Bauwesen.
17. Bergbau.
18. Luftschiffahrt.
19. Photographie.
20. Kulturgeschichte.
21. Altertumskunde.
22. Kunstgeschichte.
23. Völkerkunde.
24. Wirtschaftslehre.
25. Gesundheitslehre.
26. Gartenbau.
27. Tierheilkunde.

Wissen ist Macht! — Wissen macht frei!
Kein Leser des Volksboten versäume zu bestellen!

Schreiben Sie sofort Ihren Namen mit Wohnungsangabe unter diesen Bestellschein und geben Sie denselben wie oben angegeben ab oder senden Sie den Bestellschein als Drucksache im Briefumschlag an uns ein. Unsere Postabonnenten können Welt und Wissen bei der Post bestellen. (5091

Bestellschein!

An die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.,
„Lübecker Volksbote".

Ich bestelle hiermit, bis Abbestellung von mir erfolgt, die illustrierte Monatsschrift „Welt und Wissen" zum Preise von 5 Mark für jedes Heft.

Name: ——————

Ort, Str. u. Nr.: ——————

„OPERA"
Heute Premiere!
Künstlerspiele und Tanz.
Marianne Landing
Fritzi Bauer
Maxim Rossi
Ann and Ruy Corrée
Ehrhardt Metz
Anfang 8½ Uhr
Kein Weinzwang

Fledermaus
Heute 8³⁰ Uhr:
Wiedereröffnung
Winterspielzeit 1922/23.
Ruth Golden Spitzentänzerin — **Hilde Heyne** in ihrem „Sketsch"
Gastspiel **Rudolf Dittmer** Gastspiel
der bekannte Stimmungssänger
(vom Operettenhaus Hamburg)
? ? Karrera ? ?
3 Thomas Sport, Flirt, Humor — **2 Tup's** komische Akrobaten und Parodisten
5106)
G. T. Neer und Delar
von der Staatsoper Dresden, klassische Tänze.

Herren- u. Damenstoffe
tadellose Qualitäten
vom einfachsten bis zum elegantesten Genre.
J. Issler, Sandstr. 24
Spezial-Geschäft. (5083

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.
5110
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 2. August
abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshaus.
(Großer Saal.)
Tagesordnung:
1. Bericht von den Lohnverhandlungen.
2. Innere Verbandsangelegenheiten.
Der Vorstand.
NB. Vorstand und Obmänner der Zahlstellen 6½ Uhr dortselbst.

Zentral-Krankenkasse d. Bauarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Lübeck.

Am Mittwoch, dem 2. August 1922, abds. 7½ Uhr bis Schluß der Verbands-Versammlung findet die (5111
Wahl des Vertreters zur Generalversammlung
im Gewerkschaftshaus statt.
Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, d. 2. August
abends 7 Uhr
bei Lender, Hundestraße 41.
Tages-Ordnung:
1. Bericht von den Bezirkslohnverhandlungen am 28. Juli.
2. Stellungnahme zur Beitragsfrage.
3. Verschiedenes. (5113
Zahlreiches Erscheinen erwünscht
Die Ortsverwaltung.

Trocadero.
Schüsselbuden 4.
Wiener Luft und Leben.
Beginn 8½ Uhr.
5053

Hansatheater.
8 Uhr. 8 Uhr.
Nur noch
4 Aufführungen
„Mara Santro".
Gäste: **Adolf Trimborn, Willi Schenk, Kurt Dissen, Dir. Ernst Albert.** (5094
In Vorbereitung:
„Drei alte Schachteln".
Operette v. Walter Kollo.

Stadttheater Lübeck
Eröffnung der Spielzeit 1922/23. (5086
Dienstag, 1. Aug., Ab. A. 7½ Uhr: **Hans Heiling.** Romantische Oper von Heinrich Marschner.
Mittwoch, 2. Aug., Ab. A. 7 Uhr: **Fiesko.** Trauerspiel von Friedrich von Schiller.
Donnerstag, 3. August, Ab. A. 7½ Uhr: **Orpheus und Eurydike.** Oper von Chr. Gluck.
Freitag, 4. August, Ab. A. 7½ Uhr: **Ulenspegel.**
Die Abonnenten werden gebeten, die noch nicht eingelösten Abonnementskarten umgehend an der Theaterkasse einzulösen.

Lübecker Volksbote

1. Beilage. Dienstag, 1. August 1922. Nummer 177.

Freistaat Lübeck.

Dienstag, 1. August.

Aus der Bürgerschaft.

Die Amtsblattfrage bildete gestern mit Ausnahme der Gewerbesteuer den einzigen Tagesordnungspunkt von überwiegendem Interesse. Der Senat hatte die Geduld der sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktion jahrelang erprobt. Nun war es endlich an der Zeit, die Würfel rollen zu lassen. Der Senat scheint immer noch der Auffassung zu sein, daß die Linke des Hauses nach seiner Schalmei tanzen solle. Aber dazu hat die parlamentarische Mehrheit gar keine Lust. Die Zeiten sind seit den Mordtagen andere geworden. Das wurde den Senatskommissaren Hoff und Evers, die auf verlorenem Posten kämpften, unzweideutig gesagt. Den Einwand des Genossen Senator Hoff über die Haltung des Volksboten dem Senat gegenüber hätten wir gern überhört. Das wäre ja noch schöner, wenn wir unsere kritische Haltung und sozialdemokratische Ueberzeugung dem Amtsblattcharakter opfern wollten. Wir erachten diesen Ausspruch nur als einen falschen Zungenschlag, da er vom sozialdemokratischen Standpunkt aus einfach nicht zu ertragen ist. Recht eigentümlich, vom Ernst der Zeit durchaus nicht angekränkelt war auch die fast naiv anmutende Aeußerung des Senators Evers, daß bei der früheren Verschmelzung des selbständigen Amtsblattes mit den Lübeckischen Anzeigen von keiner Seite ein Einwand erhoben worden sei. Das glauben wir gerne. Damals saßen die senatsergebenen „Volks"vertreter unter sich. Wehe, wenn sich einer unterstanden hätte, sich gegen allerhöchste Weisung aufzulehnen. Sie hatten ja auch alle eine Meinung und gehörten der einigen Partei an, die in der Einbildung schwelgte, daß der Segen nur von oben kommen kann. Für Genossen Dr. Leber war es ein leichtes Spiel, die vom Senatstische vorgebrachten Einwände zu widerlegen und im gleichen Atemzug den Demokraten die Verwunderung aus dem Kopfe zu treiben. Deren Sprecher Neufeld glaubte die Sozialdemokraten auf frischer Tat ertappt zu haben — er fürchtete sich wahrscheinlich höllisch, den Volksboten in seiner amtlichen Klause anrühren zu müssen. Die Einwände dieses Demokraten waren wirklich recht fadenscheinig. Die Volksparteiler und Deutschnationalen erwählten der Tapferkeit besseren Teil und schwiegen. Nur Herr Pape meldete sich noch als alleiniger Vorkämpfer eines unabhängigen Amtsblattes. Ehre, dem Ehre gebührt. Der Senat wird, wenn ihn kein Unstern begleitet, nichts anderes tun können, als einer zweimal mit Zweidrittelmehrheit gefaßten Forderung nachzukommen, so schwer es ihm auch fallen mag. Da hilft ihm kein Drehen und Winden. Hic Rhodus, hic salta! Herr Dietrich, der „Unpolitische" glaubte seine Intelligenz durch einen völlig deplazierten Zwischenruf kundtun zu müssen. Genosse Dreger ließ diesen Arbeitsgemeinschaftler prezent aber fix abrutschen. Mit dieser denkwürdigen Sitzung wurde Saisonschluß gemacht. Der Wortführer, Genosse Ehlers, wünschte den Volksvertretern gute Erholung. Bei den 500 Mark Jahresdiäten sicher ein frommer Wunsch.

*

Die neuen Ersatzmünzen.

Der Reichstag hat durch Gesetz vom 26. Mai d. Js. die Ausprägung von Ersatzmünzen im Nennbetrage von 1, 2, 3 und 5 Mk. beschlossen. Ueber Gestalt der Münzen und ihre Metallzusammensetzung hat nach § 1 des Gesetzes der Reichsrat zu befinden. Dementsprechend ist in der Sonnabend-Sitzung des Reichsrats der Beschluß gefaßt worden, zunächst 1-, 3- und 5-Mark-Stücke auszuprägen. Der Durchmesser der 1-Mark-Stücke beträgt 25,5, der der 3-Mark-Stücke 28 und der der 5-Mark-Stücke 31 Millimeter. Die Münzen bestehen aus Aluminium mit einem Zusatz von etwa v. H. Kupfer. Die 5-Mark-Stücke erhalten außerdem einen am Rande sichtbaren dünnen Kupferkern. Die 1- und 3-Mark-Stücke werden im gerippten Ringe, das 5-Mark-Stück im Ringe mit einem glatten Rande geprägt, der die vertiefte Inschrift: „Deutsches Reich Fünf Mark" trägt. Die Schriftseite trägt bei allen drei Münzsorten innerhalb des aus einem flachen Stäbchen mit Perlenkreis bestehenden erhabenen Randes in lateinischen Buchstaben die Umschrift „Deutsches Reich". Bei dem 5-Mark-Stück stehen in wagerechter Linie auf einem unten durch eine Linie abgegrenzten glatten Felde die Worte „Fünf Mark". Bei den 1- und 3-Mark-Stücken wird im Interesse einer erleichterten Unterscheidung die Wertbezeichnung durch Zahlen ausgedrückt. Die Jahreszahl wird bei den 5-Mark-Stücken unter der Linie, bei den 1- und 3-Mark-Stücken direkt unter dem Worte „Mark" angebracht. Unter der Jahreszahl findet das Münzzeichen Platz, verziert durch zwei Arabesken (Zweige mit je einer Eichel). Die Schauseite zeigt den fliegenden Reichsadler (Entwurf von Prof. Wackerle-München) mit geschlossenem Gefieder und nach rechts gewendetem Kopfe. — Die Ausgabe der ersten Münzen ist für den 11. August d. Js. vorgesehen. Zur Erinnerung an die hiermit zeitlich zusammenfallende dritte Wiederkehr des Verfassungstages werden die ersten zur Ausgabe gelangenden 3-Mark-Stücke auf der Schauseite einen Hinweis auf den Gedenktag erhalten.

Erzberger — Scheidemann — Rathenau

und andere Führer der Republik sind von einer wohlorganisierten Verbrechermeute um das Leben gebracht oder mit dem Tode bedroht worden. Hinter dieser bezahlten Verbrecherhorde steht die gesamte Reaktion. Ausgestattet mit dem unerschöpflichen Geldborn der Schwerindustriellen und deutschnationalen Kapitalisten, versuchen die antirepublikanischen Parteien, die Arbeiterschaft und ihre Organisationen mehr denn je zu knebeln und zu unterdrücken. Diesem Ansturm abzuwehren, ist **nur eine starke Sozialdemokratische Partei** in der Lage. Mit Schimpfen über die schlechten Zeiten ist es nicht getan. Jeder muß sich verpflichtet fühlen, den schweren Abwehrkampf der Sozialdemokratie zu unterstützen und an der Herbeiführung geordneter Verhältnisse stets mitzuarbeiten.

Deshalb erwerbt sofort die Mitgliedschaft der

Sozialdemokratischen Partei und werdet Leser der sozialdemokratischen Presse.

Vorläufig noch Gasknappheit. Trotzdem nunmehr der Streik auf dem Hochofenwerk beigelegt ist, wir die Gasbelieferung Lübecks in den nächsten Tagen noch keine Veränderungen erfahren können. Die Oefen auf dem Hochofenwerk sind in ihrer Temperatur so stark zurückgegangen, daß eine erhebliche Zeit vergehen wird, bevor sie wieder lieferungsfähig sein werden. Nach wie vor ist daher die gesamte Gasbelieferung Lübecks auf die Erzeugung des Gaswerks II angewiesen. Sobald eine Verlängerung der Gasabgabezeiten möglich ist, wird Bekanntgabe erfolgen.

Was die Zeitungen im August kosten. Das Ergebnis einer Rundfrage betr. Bezugspreiserhöhung für den Monat August im Niederrheinisch-Westfälischen Zeitungsverlegerverein war folgendes: In Essen geht die Rhein.-Westf. Zeitung von 45 auf 60 M, der Rhein.-Westf. Anzeiger von 30 auf 40 M, die Allgemeine Zeitung von 34 auf 45 M, die Arbeiter-Zeitung von 34 auf 45 M, die Essener Volkszeitung von 34 auf 45 M. Die Gelsenkirchener Blätter werden von 34 auf 40 M gehen. Duisburg geht mit Essen auf 45 M für die einmal täglich erscheinenden Blätter. Dortmund geht auf 45 bezw. 48 M für einmal täglich, 55 M für zweimal täglich erscheinende Blätter, der General-Anzeiger geht auf 55 M. Hamm 45 M; Bielefeld 35 M; Hagen 45 bezw. 55 M für zweimal täglich; Oberhausen 45 M; Bochum 45 M; Herne 45 M; Unna 45 M; Witten 40 M; Dinslaken 35 M; Wattenscheid 45 M; Wanne 35 M; Gladbeck 40 M; Bottrup 45 M; Werden 35 M; Rheine 35 M. Der Einzelverkaufspreis wurde auf 2 M festgesetzt, der Dortmunder Generalanzeiger nimmt 3 M. Von sonstigen Erhöhungen seien noch genannt: das Berliner Tageblatt geht auf 90 M, die Deutsche Allgemeine Zeitung auf 80 M, der Mannheimer Generalanzeiger auf 70 M, die Kölnische Zeitung auf 70 M, die Kölnische Volkszeitung auf 67 M, die Schlesische Zeitung auf 60 M, der Vorwärts und das Hamburger Echo kosten monatlich 90 M.

Beendigung des Streiks der Seeschiffahrt. Der Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses vom 28. Juli ist von beiden Parteien angenommen worden. Die Arbeit wird Dienstag morgen wieder aufgenommen.

Der Streik der Kutscher bei der Schwartauer Fuhrherren-Vereinigung ist durch Entgegenkommen der Arbeitgeber beendet. Nicht bewilligt hat der Fuhrwerksbesitzer Schröder, Teerhofsinsel. Ueber diesen Betrieb bleibt die Sperre bestehen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Lübeck.

Die Tätigkeit der Technischen Nothilfe, die, wie wir hören, auf dem Hochofenwerk zum Teil recht zweifelhafter Art war, hat sich auch im Haß gegen die Republik betätigt. Auf dem im Aufenthaltsraum des Kesselhauses angebrachten, in der Buchdruckerei des Lüb. Volksboten gedruckten Kalender hat ein übereifriger Verfechter des Monarchismus seine Schmierpfoten spazieren geführt. Die schwarz-rot-goldene Fahne bezeichnete der Bursche als „Affenschande" und um den Revolutionstag setzte er die Marginale: „Nur Hornochsen feiern diesen Tag." Es wäre sicher besser gewesen, wenn sich der Skribifax um seine Arbeit bekümmert hätte, als um Sachen, die er nicht versteht. Aber wahrscheinlich fand das grüne Herrchen ein Haar in der schweren Betätigung eines Hochofenwerksarbeiters und da ließ er die Wut an der Republik aus. Wie immer in solchen Fällen ist das Mundwerk größer als die Schaffenslust. Aber bezeichnend für die „neutrale" Gesinnung einzelner Mitglieder der Techn. Nothilfe ist die Sudelei doch.

Konsularisches. Der Senat hat den Tschechoslowakischen Generalkonsul Jan Seba in Hamburg auch für das lübeckische Staatsgebiet anerkannt und zugelassen.

Ein Kapitalverschieber. Wegen Vergehens gegen das Gesetz betr. Kapitalflucht wurde ein finnischer Seemann festgenommen, der versuchte, 250 000 M in amerikanischem Gold- und Papiergeld von hier auszuschmuggeln.

Die Badeanstalt Marli ist Dienstags und Freitags von 5 bis 6 Uhr nachmittags den hiesigen Truppen zum Baden zur Verfügung gestellt.

Die Girozentrale Lübeck, Fleischhauerstraße 13, ist laut Reichsgesetz als Zeichnungsstelle für die Deutsche Zwangsanleihe von 1922 bestimmt worden.

pb. **Festgenommen** wurde ein Arbeiter aus Vorwerk, der ein vor einer Wirtschaft in der Friedhofsallee hingestelltes Fahrrad gestohlen hatte. — Wegen Diebstahls im Rückfalle von der hiesigen Staatsanwaltschaft gesucht, wurde ein Dienstmädchen aus Gr. Timmendorf festgenommen und ein Arbeiter, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Strafverbüßung steckbrieflich verfolgt wurde. — Festgenommen wurde ein Monteur aus Saarbrücken, der von einem im Travemünder Hafen liegenden Segelschiffe ein Fernglas gestohlen hatte, mit dem er in das Ausland reisen wollte. — Vor einigen Tagen wurde von einem im Stadtgraben vertäut liegenden Motorboot verschiedenes Silberzeug und ein Magnet gestohlen. Als Täter wurde ein in der Fischergrube wohnhafter Arbeitsbursche ermittelt. — Festgenommen wurden ein Schiffskellner aus Zellerfeld und ein Koch aus Berlin, die sich der Güterberaubung schuldig gemacht hatten.

*

Kronsforde. Am letzten Sonntag sprach von einer, trotz des schlechten Wetters zahlreich erschienenen Zuhörerschaft, in einer öffentlichen Versammlung der Genosse Dreger über: „Die politische und wirtschaftliche Lage". Redner verstand es in gut 1stündigem Vortrag seine Zuhörer bis zum letzten Augenblick zu fesseln. Ausgehend von einem Rückblick auf die Ereignisse vor 8 Jahren

---

Antje Möller.

Ein Roman aus Schleswig-Holstein von K. von der Eider.

58. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Andrees war aufgestanden, hatte die Jacke aufgenommen und mit den Händen abgeklopft. Es entging ihm nicht, wie sie sich ihm mit zärtlicher Miene zu- und wieder abwandte. Er ließ ihr Zeit, sich zu besinnen, und schob ihre Verlegenheit auf das Eigentümliche der Situation.

Jetzt streckte ihm Wiebke mit holdem Lächeln die Hand entgegen. „Guten Morgen, Andrees; wir wollen von jetzt ab gute Freunde sein, nicht wahr?"

„Ja, Wiebke, meine Hand hast Du, und wenn Du wieder bei Abendzeit in den Wald gehst, nimmst Du mich mit, nicht wahr?"

„Das will ich. Nun wollen wir aber sehen, wie wir nach Hause kommen. Hast Du eine Ahnung, wohin wir gehen müssen?"

„Ja, dort ist die Sonne aufgegangen, dort in der Richtung muß Heisternest liegen."

Sie schritten durch den Wald. Ueber Blumen gingen sie, und Wiebke bückte sich während des Gehens und pflückt einen großen Strauß. Andrees half ihr, mit seinem Taschenmesser die kräftigen, widerstrebenden Stiele durchzuschneiden. Wohl eine Stunde gingen sie, bis sie an das Ende des Waldes kamen und die aufgehende Sonne und den frischen Morgenwind begrüßten.

Da lag vor ihnen im Grunde, nur eine halbe Stunde entfernt, Heisternest mit seinem moosbewachsenen Schilfdach und dem Storchnest auf dem Giebel.

Heisternest schlief noch, als sie kamen. Der Storch stand einbeinig mit geschlossenen Augen auf seinem Neste. Die Haustür war nur angelehnt. In der Ecke der Diele räkelte sich die graue Katze. Das Feuer in der Küche schlief noch, wie es am Abend vorher unter der Asche eingerakt worden war.

Als Wiebke in den Alkoven hineinlugte, tönten ihr Gittas gleichmäßige, röchelnde Atemzüge entgegen.

Wiebke ging in ihre Stube, wusch sich und kämmte ihr Haar, in dem einige Rispen des Heidekrautes hängen geblieben waren. Als sie vor dem Spiegel stand, wunderte sie sich selbst, wie hübsch und frisch sie aussah. Der strenge, verbitterte Zug um ihren Mund war verschwunden und hatte einem milden Lächeln Platz gemacht.

Aber auch Andrees' melancholische Augen blickten heute heiterer als sonst. Zu zweit tranken sie unter heiterem Gespräch ihren Kaffee. Der Heidekrauß stand zwischen ihnen auf dem Tisch. Ganz festlich war ihnen zumute.

Einige Tage danach fuhr Andrees das Heu ein. Er war nun in Sorge darüber gewesen, wie er ohne Hilfe das Heu von dem Wagen auf den Boden bringen sollte. Als er aber vorfuhr, stand Wiebke schon mit der Heugabel in der Hand in der geöffneten Luke, um oben die Heuschwaden in Empfang zu nehmen und auf den Boden zu befördern.

Ueberall trat sie ihm jetzt hilfreich zur Seite. Fröhliche Worte flogen mittags über den Tisch hin und her. Liebevoll und freundlich blickten sie sich in die Augen. Kein Mißtrauen störte die Freundschaft.

Die alte Gitta saß dabei mit friedlicher Miene, ließ sich das Essen gut schmecken und nickte behaglich ein. Sie sah nicht, daß in den Herzen der beiden jungen Menschen etwas wach geworden war. Kein Ahnen einer kommenden Gefahr befiel sie.

Der Sonntag kam. Wiebke setzte Mutter Gitta die Sonntagshaube auf und legte ihr das feine Umschlagetuch um. Die Alte faltete fromm die Hände. Sie wußte, das es Sonntag war.

Am Nachmittag laß Wiebke vor. Sie wußte, daß sie nun für sich und Andrees las, und jedesmal, wenn sie an eine schöne Stelle kam, blickte sie auf und nickte ihm zu.

Am Abend standen sie vor der Tür und blickten in die untergehende Sonne. Wiebke erzählte ihm, daß sie an jenem Abend ausgegangen war, die Spinnerin zu treffen.

Andrees sah sinnend in die Ferne. Er dachte an Mieken, sein fernes Liebchen, das mit ihrem ungeduldigen Herzen so geduldig auf ihn wartete. Wie, wenn er die goldene Haspel bekäme? Dann könnte er dem Bauern Heisternest abkaufen und Mieken heiraten.

„Ich möchte es wohl mal versuchen," sagte er.

„Tue es nicht," sagte sie, „Du brauchst kein Geld, um glücklich zu werden."

Am andren Abend sagte Wiebke: „Weißt Du, ich möchte so gern mal wieder in den Wald." Sie trug ein hübsches blaues Kleid und war fast sonntäglich gekleidet. So holte auch Andrees seine Sonntagsmütze.

Sie gingen heute von einer anderen Seite aus in den Wald. Es war Frühabend, der Himmel leuchtete in heller, blauer Glut; unbeweglich standen die finsteren, hohen Tannen, ihre schwarzen Zweigarme anbetend emporgereckt, ernsten Männern gleich, die verzaubert in blaue Auen starren.

Andrees sah zu Wiebke auf, die die Anhöhe hinauf groß und leuchtend in ihrem blauen Kleide vor ihm herschritt und sich ab und zu nach ihm umsah. Wie schön sie war! Wie gut die kommende und wieder verfliegende Röte im Gesicht sie kleidete! Welch großmütige Güte in ihren Augen lag!

Jetzt waren sie in dem Walde. Dicht aneinander gingen sie und hörten ihren Atem, hörten ihre Herzen pochen. Sie sahen sich in die Augen und erschraken fast vor sich selber.

„Wir wollen nach Hause gehen," sagte Wiebke leise.

„Ja, das wollen wir."

Als Andrees an diesem Abend zur Ruhe ging, fiel ihm ein, daß er den ganzen Tag über nicht an seine kleine Mieken gedacht hatte. Er nahm sich vor, ihr bei nächster Gelegenheit einen Brief zu schreiben.

„Andrees, erzähle doch mal etwas aus Deiner Kindheit!" bat Wiebke eines Abends, als sie ihm in der kleinen Laube, die er hinter der Weißdornhecke zurecht gezimmert hatte, gegenübersaß.

Andrees besann sich. „Was ist da groß zu erzählen? Da war eine alte, grasbewachsene Dorfstraße, wo die Hühner darauf spazieren gingen, und beinahe ganz am Ende stand ein kleines Häuschen. Vor dem Fenster standen Bonbonkäsen, und in der Haustür, die war nach der alten Mode, da war eine Luke drin. Aus dieser guckte manchmal ein liebes Gesicht und nickte und lächelte und verschwand wieder. Gerade als wenn die Sonne mal für einen Augenblick scheint. Mitunter tat sich auch die Tür auf, und eine kleine Frau trat heraus und lugte über die Straße und rief: „Andrees". Manchmal aber guckte aus der Luke ein alter Mann mit einem Schelmengesicht, der lächelt auch, und dann wurde sein Gesicht voller Falten. Er drohte mit dem Zeigefinger der rechten Hand; mit der linken hielt er die kurze Tabakpfeife. Dann und wann guckte noch ein zweites Gesicht aus der Luke ebenso alt, ebenso runzlig, mit derselben kurzen Pfeife im Munde. Ueber die Straße hüpfte dann wohl ein kleines Mädchen mit einem großen Nähkasten unter dem Arm. Dazu schien meistens die Sonne, und neben dem Häuschen über den Zaun nickten rötlichblaue Syringen und weiße Fliederbeerblüten; ungefähr so war es bei uns zu Hause in meiner Kindheit.

Wiebke sah mit feuchten Augen zu ihm auf. „Es wird einem ordentlich warm, wenn Du von Deiner Kindheit erzählst. Ach, Andrees, wenn ich zurückdenke, dann muß ich allemal frieren. Dann muß ich immer an Schnee und Eis denken, als ob es nie einen Sommer auf Rethwischhof gegeben hätte."

Er nickte sinnend. „Ja," sagte er, „ich hatte mir Rethwischhof auch immer ganz anders vorgestellt. Meine Mutter erzählte mir mal als Kind von einem großen Hause, in dessen Fenstern sich der Sonnenschein verfangen hätte, daß es aussähe, als wäre es innen von lauter Gold, und ringsherum wüchse hohes Reth, und jeder einzelne Rethhalm hätte eine Stimme und könnte singen. Aber die Lieder, die sie sängen, wären alle traurig. Ich glaube, was die Mutter erzählte, gehörte zu einem alten Märchen, aber ich konnte es doch nie wieder vergessen. Als ich dann als Knabe zum ersten Male Deinen Vater sah, und den Namen Rethwischhof hörte, machte ich mir ein Bild davon; ich stellte mir dann immer das Haus mit den goldigen Fenstern und den singenden Rethwiesen vor. Als ich dann selbst hinkam, war alles ganz anders, als ich gedacht hatte."

(Fortsetzung folgt.)

berührte Genosse Dreger in seinen Ausführungen alle wichtigen politischen und wirtschaftlichen Erscheinungen der letzten Monate. Die Rede wurde mit großem Beifall von der Versammlung aufgenommen. Hoffentlich tragen die Aufforderungen an die Versammelten, sich ihrer gewerkschaftlichen und der politischen Organisation, der sozialdemokratischen Partei, anzuschließen, reiche Früchte. Hoffentlich verschwindet auch recht bald die bürgerliche Presse aus den Arbeiterwohnungen. An den Vortrag schloß sich eine kurze Aussprache an.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Achtung, Gewerkschaftsfestkomitee! Heute abend 7½ Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus. Der Vorstand.

Die Fledermaus wird heute, Dienstag, nach Renovierung des Hauses unter der bekannten Direktion Wolfram wieder eröffnet.

Angrenzende Gebiete.

Malente-Gremsmühlen. Der Gemeinderat beschloß die Einführung einer Viehsteuer. Die Sätze dieser Steuer sollen jährlich betragen: für jedes Stück Rindvieh 100 Mk., für Zuchtschweine 50 Mk., Mastschweine 100 Mk., solche für den eigenen Haushalt gemästete 10 Mk., Schafe (auch Lämmer) 10 Mk., Ziegen (Lämmer bleiben steuerfrei) 10 Mk., jeder Bienenstock 10 Mk. Von einer Besteuerung der Pferde soll abgesehen werden. Der Gemeinderat beschloß ferner, sich der Brotverbilligungsaktion des Landesverbandes anzuschließen.

Hamburg. Eine riesige Kundgebung für den Völkerfrieden veranstaltete am Sonntag morgen das Hamburger Proletariat und alle sonstigen Anhänger des Friedensgedankens auf der Moorweide. U. a. sprach der Genosse de Brouckère (Belgien), der auf das wachsende Elend und die finanzielle Krise hinwies und den Völkerhaß verwünschte. Von einer anderen Tribüne sprach der englische sozialistische Pastor Rich. Lee aus Dundee. In einer vortrefflichen Aussprache, in der er seiner Freude Ausdruck verlieh, vor deutschen Arbeitern sprechen zu dürfen, schilderte er in unübertrefflicher volkstümlicher Weise die Greuel des Krieges, die verabscheuenswerte Art, in der die Regierung und die Presse die Menschen gegenseitig verhetzen. Er appellierte an die Ehre und das Gewissen der Versammelten sich nie wieder zu Kriegsdiensten gebrauchen zu lassen, um so mehr, da wir endlich einsehen gelernt haben, daß wir alle im Irrtum befangen waren. Mit einem Hoch auf die deutsche Republik und auf das deutsche Volk schloß der Redner seine zündende Rede. Von 8 Tribünen wurde der Kampf gegen den Krieg verkündet.

Hamburg. Sieben Personen vergiftet. Hier erkrankten nach dem Genuß von rohem Pferdefleisch das Margaretenstraße 20 wohnende Ehepaar Schmidt, deren 8 und 1 Jahre alte Töchter, der Arbeiter Rohrlit aus der Marthastraße 6, sowie dessen 24jährige Tochter und sein 16 Jahre alter Sohn. Bei sämtlichen Personen stellten sich Vergiftungserscheinungen ein. Sie wurden in das Eppendorfer Krankenhaus geschafft. Die kriminelle Untersuchung hat sofort eingesetzt. — Ein großer Spritschmuggelprozeß wurde hier vor dem Schöffengericht verhandelt. Angeklagt waren der Kaufmann Schmaul, Lagerarbeiter Holst, Barkassenführer Grosse, Schiffer Suhr, Barkassenführer Wilken, Kaufmann Schenke, Weinhändler Rikert, Kutscher Diestemann, Lagermeister Becker. Das Gericht erkannte auf folgende Strafen: Schm. 1 Jahr 5 Monate Gefängnis, 1 453 689 Mk. Geldstrafe; H. 5 Monate 2 Tage, 120 757 Mk.; Gr. und Wi. 124 492 Mk.; R. 1 Jahr, 1 501 831 Mk.; Sch. 1 Jahr 2 Wochen, 1 581 831 Mk.; D. 2000 Mk.; B. 1265 Mk. Geldstrafe. Suhr wurde kostenlos freigesprochen.

Hamburg. Kampf dem Militarismus! In einigen Distrikten der Hamburger SPD. wurde am Freitag folgender Antrag für den Parteitag angenommen: Der Parteitag lenkt das Augenmerk der Fraktionen des Reichstages und der Landesparlamente auf die republikfeindlichen Tendenzen in der Reichswehr und der grünen Polizei. Ein Heer gegen einen äußeren Feind braucht die deutsche Republik nicht. Die immer wieder von der Sozialdemokratie unternommenen Bemühungen, diejenigen Sicherheitsorgane, deren die Republik zur Aufrechterhaltung des inneren Friedens bedarf, zu einer zuverlässigen republikanischen Truppe zu machen, sind leider im großen und ganzen vergeblich geblieben. Hier muß mit allem Nachdruck die Arbeit der sozialistischen Vertreter einsetzen. Der Geist des Militarismus, der aus dem Reichswehrsoldaten und dem Sipomann einen Schießautomaten in der Hand der zum größten Teil reaktionären Offiziere macht, muß im demokratischen Staatswesen unmöglich sein. Deshalb dürfen auf den hierfür verantwortlichen Posten nur Persönlichkeiten geduldet werden, deren republikanische Energie die Gewähr bietet für die endliche Republikanisierung von Reichswehr und Polizeitruppen.

Lauenburg. Bestätigte Wahl. Die Wahl des sozialistischen Bürgermeisters Stoll zum ersten Bürgermeister in Fürstenwalde ist von der Regierung bestätigt worden.

Schwarzenbek. Tödlich verunglückt ist die 31jährige Frau des Landmanns T. in Elmenhorst. Als sie ein Fuder Stroh nach Hause fuhr, scheuten die Pferde vor einem Auto und gingen durch. Hierbei stürzte die Frau vom Wagen zwischen die Pferde, die ihr durch Hufschläge die Gehirnschale zertrümmerten, so daß der Tod sofort eintrat.

Schwerin. Korruption im Mecklenburg. Landwirtschaftsministerium? Wir lesen im Freien Wort: „Ein glücklicher Zufall spielte uns ein Schreiben in die Hände, das ein Beamter in unserem Landwirtschaftsministerium namens Lübbe an den Gütermakler Rischau zu Lübeck gerichtet hat. Möge der kurze Brief auch im einzelnen etwas vorsichtig abgefaßt sein, so verrät er doch Zeile für Zeile die unredliche und unrechtmäßige Absicht des Beamten Lübbe und sicher auch des Herrn Rischau aus Lübeck. Unsere Nachfrage in Lübeck hat ergeben, daß Herr Rischau als Gütermakler im und auch nach dem Kriege große Summen verdient hat; daß er heute das verschwenderische Leben eines schwerreichen Kriegsgewinnlers führen kann, obwohl er noch in den ersten Kriegsjahren über größeres Vermögen nicht verfügte. Vielleicht löst der nachfolgende Brief das Rätsel dieser Geschäftserfolge des genannten Lübecker Kriegsgewinnlers. Er lautet:

Schwerin, den 5. November 1921.

Sehr geehrter Herr Rischau!

Bald nach Empfang Ihres gefl. Schreibens vom 28. v. M. ging der Antrag auf Genehmigung der Verpachtung eines Vorwerkes von Westerbrügge an Herrn Erhard ein. Die Genehmigung wurde auf mein Betreiben vom Sekretariat sofort aufgesetzt und ist ohne Beanstandung vom Dezember signiert worden und liegt jetzt beim Landwirtschaftsminister zur Unterschrift. Ich kann nicht annehmen, daß nun noch bemerkt werden könnte, daß Herr Erhard bereits eine andere Pachtung hat, die Sache wird also glatt durchgehen.

Mit freundl. Gruß

Ihr sehr ergebener

Lübbe.

Eine saubere Geschichte, fürwahr. Ein Beamter brüstet sich in dem Schreiben offen der Pflichtverletzung; denn er schiebt mit unredlichen Mitteln einem Herrn Erhard eine Doppelpachtung zu, obwohl er weiß, daß Doppelpachtungen nicht zugelassen werden. Aus welchem Grunde tut er das? Aus Mitleid mit dem Millionär Rischau, oder weil er auch seinen Rebbach dabei zieht. Jedes Kind findet die Antwort: sie kann nur in der Reihe der §§ 332 und 333 des Strafgesetzbuches liegen. Wir hoffen, daß diese Korruptionsbeule an unserer Landesregierung rücksichtslos aufgestochen wird. Das deutsche Volk nagt am Hungertuche, und einige Kriegsgewinnler verdienen Millionen; unredliche Beamte aber, die im Brote der Republik stehen, helfen ihnen dabei."

Oldenburg. Die Emder Zeitung auf 14 Tage verboten. Nach einer Verfügung des Oberpräsidenten von Hannover wurde der Emder Zeitung auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. Juni und der Ergänzungsverordnung das Erscheinen ab 26. Juli auf zwei Wochen verboten.

Lübecker Bürgerschaft.

b. Lübeck, 31. Juli.

Wortführer: G. Ehlers. Beginn 6.15 Uhr.

Der Senatskommissar teilt mit, daß der Senat dem Wunsche der Bürgerschaft nachgekommen ist und den lübischen Gesandten in Berlin angewiesen hat, in Sachen Bayern bei der Reichsregierung vorstellig zu werden. Weiter gibt der Senat bekannt, daß die Teuerungszuschüsse der Beamten nach den Beschlüssen für die Reichsbeamten (1. Juli 55 Proz., 1. August 25 Proz.) die Staatskasse mit 56 Millionen belasten.

1. Antrag: **Zweite Lesung des Senatsantrages, betreffend Erhebung eines Zuschlages von 100 Proz. zu den Sätzen der Gewerbesteuer, und des in Verbindung mit diesem Antrag vom Haushaltsausschuß beantragten Nachtragsentwurfes zum Gewerbesteuergesetz.** — Boie (Dem.) beantragt aufs neue Ausschußberatung. — Hefti (Arbg.) schließt sich diesem Antrag an. — Kommissionsberatung wird abgelehnt. Der Senatsantrag mit einfacher Mehrheit angenommen.

2. Antrag: **Zweite Lesung des vom Haushaltsausschuß zum Senatsantrage betreffend Instandsetzung der Räume der Burgmädchenschule beantragten Ersuchens.** — Wird angenommen.

3. Antrag: **Regelung der Frage des Amtsblattes.** — Wolfradt (Soz.): Meine Fraktion hat ihren in der letzten Sitzung bekannten Standpunkt nicht geändert. Sie lehnt die Senatsvorlage ab. Der Senat muß selbst gesehen haben, daß er mit seinem Antrag Unzufriedenheit erregt hat. — Neufeld (Dem.) wundert sich, daß die Sozialdemokratie ihren Standpunkt nicht geändert hat. Die amtlichen Anzeigen seien am wirksamsten, wenn sie allen Tageszeitungen zugeführt würden. Das gehe auch aus den Darlegungen der hiesigen Zeitungsverleger hervor. Da die Verbreitung durch alle Blätter aber nicht zu erreichen sei, würden die Demokraten dem Senatsantrag zustimmen. — Nickel (Komm.) begrüßt den Standpunkt der Sozialdemokraten. Bisher seien die amtlichen Anzeigen nur einem beschränkten Leserkreis zu Gesicht bekommen. Inserate allgemeinen Interesses müßten auch der kommunistischen Volkswacht zugeführt werden. Der Redner stellt einen dementsprechenden Antrag. — Senator Hoff bedauert das Beharren der größten Fraktion auf ihrem Beschluß. Es hätte keinen Zweck [illegible] reden. Hingegen eingegangen. Bei der von der sozialdemokratischen Fraktion gewünschten Regelung würde der Vorwurf, der dem bisherigen Amtsblatt gemacht wurde, auch den Lübecker Volksboten treffen, der auch schon gegen die lübische Regierung geschrieben habe. — Dr. Leber (Soz.) erklärt, die Ausführungen des Senatskommissars offenbarten eine absolute Verkennung der Tatsachen. Die Haltung des Volksboten sei ausgesprochen republikanisch, während die Lüb. Anz. monarchistische Politik vor wie nach dem Kriege treiben und bei jeder Gelegenheit für die Monarchie eintreten. Sie beschimpfen Schwarz-Rot-Gold und sprechen von roten Rotten, beleidigen und beschimpfen die Mehrheit des deutschen Volkes. Deshalb sei es ein Unding, daß der Senat in einem solchen Blatte seine amtlichen Anzeigen bekanntgebe. Ein Vergleich der Schreibweise der Lüb. Anz. mit der Kritik des Lüb. Volksboten sei unangebracht. Der Lüb. Volksbote sei ein sozialdemokratisches Blatt und könne von seinem Standpunkt aus mit der Kritik gegen den Senat, der eine bürgerliche Mehrheit hat, nicht zurückhalten, um so weniger, wenn die Senatspolitik mit derjenigen der Volksmehrheit nicht übereinstimmt. Der Mehrheitswille des Volkes müsse durchgeführt werden. (Zuruf Henk: Volksentscheid!) Nach dem Volksentscheid habe die Rechte im Laufe des letzten Jahres oft gerufen und gesagt, die Bürgerschaftswahl werde zeigen, was die Bevölkerung wolle. Die letzten Demonstrationen haben den Volksentscheid und den Willen der Bevölkerung gezeigt. Der Vergleich des Senatskommissars sei grundsätzlich verfehlt. Der Volksbote kritisiere wohl den Senat oder einen Bürgerschaftsbeschluß, trete aber jederzeit für die Republik ein. Ein anderes Blatt komme gar nicht in Frage. Weiter polemisiert der Redner gegen die Demokraten, die den Standpunkt der sozialdemokratischen Fraktion nicht verstehen wollten. Zwei Jahre habe die sozialdemokratische Fraktion eine Aenderung der Amtsblattfrage gefordert, damit endlich die Republik zu Ehren komme, doch nichts sei geschehen. Der Mord an Rathenau habe die Sachlage grundsätzlich geändert. Die Forderung des 4. Juli laute auf sofortige Entziehung des Amtsblattcharakters der Lüb. Anz.; gleichzeitig sei das Verlangen ausgesprochen worden, den Lüb. Volksboten zum Amtsblatt zu machen. An diesen Beschluß sei die Fraktion gebunden. — Senator Evers lehnt eine Kritik an den Lüb. Anz. und dem Volksboten ab. Das Amtsblatt sei zuerst auch selbständig erschienen und erst später mit der Tageszeitung verknüpft worden. Der Senat habe sehr wohl die Forderung der Bürgerschaft verstanden, das Amtsblatt unabhängig von einer politischen Zeitung zu machen. Jetzt dürfe man nicht eine politische Zeitung verlassen und die andere dazu ausersehen. Der erstere Beschluß sei sachlich richtig. — Nickel (Komm.) weist auf den großen Charakterunterschied zwischen den Lüb. Anz. und dem Volksboten hin. Der Senat wolle in seiner jetzigen Zusammensetzung den Beschluß der Bürgerschaft nicht anerkennen. Deshalb müsse auch im Senat eine Säuberung vorgenommen werden. Stelling und Wissell hätten schon vor vielen Jahren Anstoß an dem Amtsblatt genommen, aber bei jenem Klassenwahlrecht habe man sich um die Forderungen der sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitglieder nicht bekümmert. — Dreger (Soz.) nagelt einen Zwischenruf des Arbeitsgemeinschaftlers Dietrich fest, der glaubte, Sozialdemokraten als Novembersozialisten bezeichnen zu müssen. Die sozialdemokratische Fraktion lehne es ab, einen Zwischenruf von solch unqualifizierter Form entgegenzunehmen. — Gehle (DN.) wundert sich, daß man hier keine Sparsamkeit üben wolle. Seine Fraktion stimme dem Senatsantrag zu. — Neufeld (Dem.): Die sozialdemokratische Fraktion tue jetzt, was sie jahrelang bekämpft habe und überführe das Amtsblatt von einer politischen Tageszeitung in die andere. Die Bevölkerung verstehe diese Handlungsweise nicht. — Rave (Arbg.) betont, daß die Forderung der Loslösung des Amtsblattes von ihm zuerst erhoben worden sei. Das Bestreben, ein unabhängiges Amtsblatt zu gründen, sei schon lange vorhanden. Die Sozialdemokraten würden jetzt, wenn von Billigkeit gesprochen werde, die Phrase zu Hilfe nehmen. Mancher sei dadurch gezwungen, den Volksboten wider Willen zu halten. Es wäre vielleicht angebracht, zu den vielen Ausschüssen noch einen politischen Ausschuß einzusetzen. — Dr. Leber betont den demokratischen Einwänden gegenüber, daß die Sozialdemokratie bereits seit drei Jahren die Macht habe, ohne sie brutal anzuwenden. Heute hätten wir es mit einer völlig neuen politischen Lage zu tun. Der Senat habe doch gleichfalls den Schutzgesetzen für die Republik zugestimmt. Die sozialdemokratische Fraktion wolle das bisherige Monarchistenblatt herausheben. Damit es auch in den Amtsstuben aufdämmere und die Beamten wissen, daß sie in ei[ner] Republik wohnen, wenn sie das Amtsblatt in die Hand nehm[en]. Alle Zeitungen mit den amtlichen Anzeigen zu versehen, verursa[che] zu hohe Kosten. Der neue Antrag des Senats sei noch schlech[ter] als der alte. Auf 3000 Abonnenten wäre bei einem selbständig[en] Amtsblatt nicht zu rechnen. Die amtlichen Bekanntmachung[en] würden also noch teurer zu stehen kommen. Die große Masse [der] arbeitenden Bevölkerung würde niemals eine amtliche Bekan[nt]machung zu Gesicht bekommen. Als einziges republikanisches Bl[att] käme nur der Volksbote in Betracht. Die Stellung der sozi[al]demokratischen Fraktion ist klar und kann vom Standpunkt ei[ner] ausgesprochen republikanischen Partei gar nicht anders sein. [Die] Fraktion hält an dem Beschluß in der vorigen Sitzung fest. [—] Roß (Komm.) ist der Ansicht, daß über diese Frage viel zu v[iel] herumgesprochen worden sei. Eine aufsteigende Klasse müsse a[lle] ihr zur Verfügung stehenden Mittel anwenden, um ihren Stan[d]punkt zu verteidigen. — Der Senatsantrag wird abgelehnt. [—] Der kommunistische Antrag betr. Veröffentlichung der Anzeig[en] allgemeinen Interesses auch in der Volkswacht für Mecklenb[urg] usw. kommt auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung.

4. Antrag: **Nachbewilligung für das Stadttheater.** — W[ird] angenommen.

5. Antrag: **Mittel für die Frauengewerbeschule für die Z[eit] vom 1. Januar bis 31. März 1922.** — Nickel (Komm.) fragt, w[ie] es mit der Entfernung der monarchistischen Bilder usw. in d[en] Schulen stehe. — Der Senatsantrag wird angenommen.

6. Antrag: **Aufstellung einer Schulbaracke in Dummersdo[rf].** — Senator Evers: Die Kosten haben sich bisher um 144 000 M[k.] erhöht. — Ziesenitz (Arbg.) sieht in der Kostenerhöhung e[in] Mißverhältnis zu dem Zwecke der Sache. Die Raumnot in d[en] Schulen werde immer größer. Einem rechtzeitigen Ausbau ha[be] sich die Finanzbehörde entgegengestellt. Nachdem sich die Schül[er]zahl im Industriegebiet bedeutend vermehrt habe, sei der früh[er] geplante Anbau unabwendbar. Der Redner stellt ein entspreche[n]des Ersuchen. — Henk (DN.) bringt Wünsche für die landwi[rt]schaftliche Winterschule vor. — Senator Löwigt sagt Henk ei[ne] befriedigende Lösung zu. Auf die Anfrage Nickels sei zu erklär[en], daß die erforderlichen Maßnahmen getroffen wurden. — D[er] Senatsantrag wird angenommen, ebenso das Ersuchen v[on] Ziesenitz.

7. Antrag: **Errichtung zweier Bedürfnisanstalten am Prima[l]strande.** — Nickel (Komm.) beantragt die gleichzeitige Erri[ch]tung einer Trinkwasserstelle. — Der Senatsantrag wird ang[e]nommen. Ebenso das Ersuchen Nickels.

8. Antrag: **Aufschließung weiterer Bauplätze auf dem Heilig[en] Geistkamp.** — Hefti (Arbg.) regt an, endlich zum Etagenb[au] überzugehen. — Brehmer (Soz.) beantragt Ueberweisung [an] einen Ausschuß. Man wolle hier anscheinend eine Ausnahme m[it] den Grundstücksausmaßen machen. Die Plätze sollen größer we[r]den, als man sonst glaubte in Stadtnähe abgeben zu können. Ma[n] sollte auch auf weiten Durchgang vom Stadtpark ins Freie achte[n]. — Senator Evers ist der Ansicht, daß ein grüner Durchgang e[r]halten wird. — Wandke (Dem.) beantragt, die Mittel sofo[rt] zu bewilligen, damit die Materialien angekauft werden könne[n]. — Dr. Gebhardt (DV.) fragt, ob die Plätze als eigen oder [in] Erbpacht abgegeben werden. Das letztere wäre notwendig. [—] Brehmer (Soz.) schließt sich diesem Wunsche an. — Senat[or] Evers: Diese Frage kann der Ausschuß prüfen. — Der Senat[s]antrag wird im ersten Teil angenommen, im zweiten dem Au[s]schuß für Bau- und Wohnungswesen überwiesen.

9. Antrag: **Bebauungspläne für die Erweiterungen der Sie[d]lungen in Karlshof, an der Gärtnergasse und an der Brande[n]baumer Landstraße sowie für die neue Siedlung Strecknitz.** [—] Henck (DN.) kritisiert, daß durch bestellte Felder Straßen g[e]zogen werden. — Brehmer (Soz.): Der Staat hat mit d[er] Sache nichts zu tun, zudem wird von dem Areal nur ein klein[er] Teil in Anspruch genommen. — Der Senatsantrag wird ang[e]nommen.

Zum Schluß wird der Antrag Nickel: Die Bürgerschaft e[r]sucht den Senat, die Oberschulbehörde anzuweisen, für die Zukun[ft] allen politischen Parteien Schulräume zu Versammlungszwecke[n] auf Antrag gegen Erstattung der Unkosten zur Verfügung [zu] stellen, gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Schluß 7½ Uhr.

Aus aller Welt.

Rattengift statt Kognak. Eine schwere Strafe erlitten Dieb[e], die in Bitterfeld in die Schrebergärten einbrachen. Sie fande[n] hier eine Kognakflasche mit Inhalt, aus der sie tranken. D[ie] Flasche enthielt aber Rattengift. Die Einbrecher, die sofort d[ie] Gefahr erkannten, riefen selbst die Polizei herbei, die sie in[s] Krankenhaus brachte, wo sie schwer darnieder liegen.

Sport.

Bericht des Freien Wassersport-Vereins Lübeck vom 1. Deu[t]schen Arbeiter-Turn- und Sportfest in Leipzig. Am 21. Juli tr[a]fen sich die Leipzigfahrer des Arbeiter-Turn- und Sportbunde[s] Lübeck im Sportheim in der Hundestraße zum Abmarsch nach de[m] Bahnhof, morgens um 7 Uhr. Es hatten sich ungefähr 20 Tromm[ler] und Pfeiffer eingefunden, die uns 60—70 Mann mit Mus[ik] zum Bahnhof begleiteten. Mittags gegen 1¼ Uhr kamen wir i[n] Wittenberge an, wo der Sonderzug zur Abfahrt bereit stand. E[s] ging dann nach Leipzig. Unterwegs wurden wir auf den Halt[e]stellen überall von einer nach Tausenden zählenden Menschen[]menge begrüßt. Gegen 6½ Uhr abends waren wir glücklich i[n] Leipzig angelangt. War das dort ein Hallo auf dem größte alle[r] Bahnhöfe. Das Einlaufen der Sonderzüge und die „Frei Heil"-Rufe wollten gar kein Ende nehmen. Auf der Bahnhofstrepp[e] standen Hunderte von Leipziger Kindern und begrüßten uns. D[er] Freie Wassersport-Verein Lübeck kam nach Leipzig-Anger in[s] Quartier. In Leipzig waren alle Straßen und Häuser, in dene[n] Sportsgenossen untergebracht wurden, mit Girlanden geschmück[t]. Wir Lübecker hatten alle Bürgerquartiere bekommen. Die Leip[]ziger Gastfreundschaft war großartig. Am Sonnabend morge[n] 6 Uhr vereinigten sich die Lübecker Wassersportler zum Marsch na[ch] dem Festplatz im Standquartier. Es wurden an diesem Tage di[e] Hauptproben vorgeführt. Der Festplatz und die Tribünen ware[n] tatsächlich schon so mit Menschen überfüllt, daß man sich kaum rü[h]ren konnte. Abends fand dann überall ein Kommers statt un[d] zwar für die Wassersportler im Zoologischen Garten. Da wurd[e] nun sehr viel Gutes geboten. Am Sonntag morgen versammelte[n] sich dann alle Sportsgenossen wieder, um an dem Festzug teilzuneh[]men, an dem sich etwa 150 000 Personen beteiligten. In alle[n] Straßen stand das Leipziger Publikum. Ueberall wohin wir k[a]men, wurden wir mit Blumen und Bonbons bombardiert. Nach[]mittags fanden dann die Freiübungen und Wettkämpfe statt, di[e] leider um 5 Uhr, als die Turnerinnen zu ihren Freiübungen an[]traten, durch ein Gewitter unterbrochen wurden. Nach ungefäh[r] einer Stunde traten dann die Sportler zu ihren Freiübungen i[m] Stillauf an. Alle führten ihre Rolle glänzend durch. Der Mon[]tag kamen die Wassersportler im Lunapark am Auensee zusam[]men. Es wurden dort u. a. kolossale Sprünge von 10 Meter, Turm[] und hervorragende Wasserballspiele gezeigt. Bundesmeister i[m] Wasserballspiel wurden die Berliner, die rücksichtslos spielte[n]. Der Dienstag war den Kindern gewidmet. Die Auswärtigen nah[]men diesen Tag mehr für Besichtigungen der Stadt. Dienstag[]abend brachte uns der Sonderzug wieder zurück. Voll Befriedigun[g] von dem glänzend verlaufenen Fest kehrten alle heim.

Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.

Angekommen am 1. August: D. Mira von Helsing[]fors in 3 Tg., D. Halland von Abo in 2½ Tg., S. Mia von Wiborg in 14 Tg., D. Ternau von Gothenburg in 18 Std. [illegible]